Ficquelmont, Karl Ludwig <<von>>,

Deutschland, Oesterreich und Preußen

Wien 1851

Ficquelmont

Deutschland,

Oesterreich und Preußen.

Von

L. Grafen Ficquelmont.

Wien 1851.

Wilhelm Braumüller,

k. k. Hofbuchhändler.

Druck von J. P. Sollinger's Witwe.

In dem politischen Systeme Preußens ist durch äußere und innere Einwirkungen ein Umschwung eingetreten, der eben so viele Hoffnungen für die Zukunft erweckt, als die noch widerstrebenden Ueberreste des alten Systemes fernere Besorgnisse der ernstesten Art zu erregen geeignet sind. Es ist sehr belehrend für den Staatsmann und Politiker, dies System zu kennen. Die Zahl der Politik Treibenden in unseren Zeiten ist so groß und die Ereignisse spielen den Unerfahrensten unter ihnen oft einen solchen Wirkungskreis in die Hände, daß wir es für eine sehr dankbare und nützliche Bemühung halten, den Zusammenhang der Gedanken einer Politik zu erklären, welche so eben damit endigen wollte, einen europäischen Krieg hervorzurufen. Die Gefahr ist noch nicht für immer abgewendet, daher es uns nur willkommen sein kann, in einer uns vorliegenden Schrift des Herrn v. Radowitz diesen Zusammenhang deutlich und klar, und — was die Hauptsache ist — ziemlich ohne den falschen Schein, den sich jene Politik zu geben wußte, dargelegt zu sehen.

Diese Schrift führt den Titel: „Deutschland und Friedrich Wilhelm IV.“

Herr v. Radowitz bemüht sich in dieser Flugschrift, welche im April 1848 geschrieben wurde, der preußischen Politik zu der Ehre einer allgemeineren Anerkennung zu verhelfen; er wirbt für sie Freunde und, wie aus dem ganzen Inhalte

sichtlich hervorgeht, wirbt er diese Freunde bei dem aufgeregtesten Theile der deutschen Nation, bei den National-Enthusiasten; er sucht diese Politik, welche man in Deutschland seiner Meinung nach sehr verkannt hat, zur Geltung einer wahrhaft nationalen und zugleich humanistischen Politik zu bringen und geht dabei mit einer so unklugen Aufrichtigkeit zu Werke, daß er mehr darlegt, als er später wohl für zweckdienlich befunden haben mochte. Er hat durch diese Schrift sich selbst einen schlechten Dienst erwiesen, dagegen seinen Zeitgenossen einen sehr wichtigen unwillkürlich geleistet, da er sie in den Stand setzte, alle Blößen dieser Politik finden, beurtheilen und in ihren Folgen ermessen zu können. Man hat sich in diesem Augenblicke die Aufgabe zu stellen, gegen das mögliche Wiederaufkommen einer solchen Politik vorzubauen, und man kann diese Aufgabe nicht besser lösen, als indem man sich, mit der obigen Schrift in der Hand, die Fragen stellt:

Auf welchen Grundgedanken war die Politik Preußens in den deutschen Angelegenheiten erbaut?

Auf welches Ziel waren ihre Gedanken unaufhörlich gerichtet, und was hat sie gethan, um sich ihm zu nähern?

Mit welchem Gewinn oder Verlust hat Preußen diese Politik geübt, und hat es ein wahres Interesse, sie je wieder aufzunehmen, oder war sie vielmehr seinem Interesse entgegen?

Um diese Fragen zu beantworten, haben wir nur die nachfolgenden Stellen der in Rede stehenden Schrift ins Auge zu fassen. Die Beurtheilung dieser in den Ansichten des Herrn v. Radowitz abgespiegelten Richtung der modernen preußischen Politik ergibt sich dann mit solcher Leichtigkeit, daß wir hoffen dürfen, über die Beschaffenheit derselben den wahren Freun-

den Preußens, zu denen auch wir Oesterreicher uns zählen wollen, jeden weiteren Zweifel zu benehmen.

Den Grundgedanken der neupreußischen Politik finden wir sogleich in der folgenden Stelle der Vorrede:

„In einem Augenblick, wo Deutschland den höchsten Gefahren von Außen ausgesetzt ist, ... ist eine Zersplitterung eingetreten, wie sie kaum in den schlimmsten Zeiten unserer Vergangenheit gefunden wird.

„Der Grund zu dieser betrübenden Erscheinung wird „in der langen Vernachlässigung der nationalen Ge„fühle und Bedürfnisse gesucht, und der Ersatz für „diese augenblickliche Schwächung in dem wiedergewonne„nen Bewußtsein, daß Deutschland ein untrenn„bares Ganze sei, und als solches seinen Fein„den gegenübertreten werde."

„Wir stimmen vollkommen damit überein, daß der angegebene Grund einer der mächtigsten Hebel geworden ist, um das bisherige politische Gebäude aus seinen Fundamenten zu heben, ..." Aber eben deshalb müssen wir mit um so größerem Kummer uns zu der Frage wenden, weshalb in diesem Augenblicke eine eben so unbillige als unweise Polemik gegen Preußen und seine Regierung eröffnet wird..."

„Ja, wenn ähnliche, unbedachte Schilderhebungen sich vervielfältigen, so sind wir auf dem Wege, statt des einigen Vaterlandes, für welches so große Opfer gefordert und gebracht werden, einen Zwiespalt zwischen den Oesterreichischen, den Süddeutschen, den Norddeutschen und den Rheinischen Landen entstehen zu sehen, der uns wehrlos

in die Hände des Feindes lieferte. Eine wesentliche Veranlassung der gehässigen Stimmung, die sich in mehreren Theilen Deutschlands gegen König **Friedrich Wilhelm IV.** gebildet hat, liegt in der Unkenntniß der Thatsachen."

„Die Stimme, die der König am 18. März vernehmen ließ, klang den Meisten so fremdartig..." (Schon dieses Verkennen der Absichten des Königs hätte seine Minister darüber aufklären sollen, daß man ein Bündniß gegen die Natur zu schließen im Begriffe stand. Die Bewegung im Jahre 1848 war gegen das Königthum und gegen die bestehende Gesellschaft gerichtet — wie konnte Preußen sich an die Spitze einer solchen Bewegung stellen? In Oesterreich und Italien hatte die Revolution andere Ursachen, in Deutschland war sie rein antimonarchisch.)

Diese Stelle und das gleichzeitige Auftreten des Königs von Preußen in Deutschland, seine denkwürdigen Worte in Berlin, als er verhieß, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, die darauf erfolgten Proclamationen und Eingeständnisse, so wie die ganze Richtung der preußischen officiellen Presse, berechtigen uns demnach, den Grundgedanken der preußisch-deutschen Politik also zu formuliren:

Preußen erklärt den Gedanken der deutschen Einheit unbedingt als einen legalen und eignet sich ihn unter der Bedingung an, daß man Preußen den Beruf zuerkenne, die deutsche Revolution, wodurch diese Einheit allein herzustellen, zu vollbringen und den deutschen Staat in Identifizirung der deutschen und preußischen Interessen zu gestalten.

Dieser, man muß es gestehen, große und kühne Gedanke geht noch deutlicher aus den folgenden Stellen der königlichen Proclamation hervor, worin der wesentlichste Theil der bekanntlich in Deutschland allgemein von der Bewegungspartei veröffentlichten Programme sofort acceptirt worden ist. Man war so sanguinisch zu hoffen, daß nunmehr alsbald der Friede zwischen Preußen und der Revolution geschlossen und somit die Revolution selbst friedlich vollbracht werden sollte! Am 18. März 1848 wurde nämlich in Berlin folgendes königliche Patent bekannt gemacht:

„Wir Friedrich Wilhelm, ꝛc. ꝛc.

„Als Wir am **14.** d. M. Unsere getreuen Stände „zum **27.** April d. J. beriefen, um vereint mit ihnen „diejenigen Maßregeln zu beschließen, welche die, Unseren deutschen Bundesgenossen vorzuschlagende Regeneration Deutschlands auch für Preußen nothwendig „bedingen, konnten Wir nicht ahnen, daß in denselben „Stunden große Ereignisse in Wien einerseits die Ausführung Unserer Vorschläge wesentlich erleichtern, andererseits aber auch die Beschleunigung ihrer Ausführung unerläßlich machen würden.

„Jetzt, nach jenem wichtigen Ereigniß, finden Wir „Uns vor Allem bewogen, nicht allein vor Preußens, „sondern vor Deutschlands — so es Gottes Wille „ist — bald innigst vereintem Volke (Man weiß, wie das deutsche Volk diese Stelle verstanden hat! Niemand traute Preußen uneigennützige Absichten zu.) „laut und unumwunden auszusprechen, welches die

„Vorschläge sind, die Wir Unseren deutschen Bundes-„genossen zu machen beschlossen haben.

„Vor Allem verlangen Wir, daß Deutschland aus „einem Staatenbund in einen Bundesstaat ver-„wandelt werde.

„Wir erkennen an, daß dies eine Reorganisation „der Bundesverfassung voraussetzt....

„Wir verlangen eine allgemeine deutsche Wehr-„verfassung... eine deutsche Bundesflagge und „hoffen, daß in nicht zu langer Frist eine deutsche „Flotte dem deutschen Namen auf nahen und fernen „Meeren Achtung verschaffen werde....

„Wir verlangen ein deutsches Bundesgericht zur „Schlichtung aller Streitigkeiten staatsrechtlichen Ur-„sprungs zwischen den Fürsten und Ständen, wie auch „zwischen den verschiedenen deutschen Regierungen.

„Wir verlangen ein allgemeines deutsches Heimats-„recht und volle Freizügigkeit in dem gesammten deut-„schen Vaterlande.

„Wir verlangen, daß fortan keine Zollschranke mehr „den Verkehr auf deutschem Boden hemme und den „Gewerbefleiß seiner Bewohner lähme....

„Wir schlagen vor Preßfreiheit.“... ꝛc. ꝛc.

Herr v. Radowitz begleitet diese Proclamation mit folgenden Worten:

„Was seit zwei Jahrhunderten die Brust jedes Fühlenden und Denkenden erfüllte: die Sehnsucht nach der Wiederaufrichtung seines herrlichen Vaterlandes, dazu

wird ihm in diesen Worten der Weg aufgethan ... Was das heilige römische Reich in seiner langjährigen Agonie nicht vermochte, was der deutsche Bund in seiner todtgebornen Organisation nicht unternahm, das soll jetzt wirklich und wahrhaftig ins Leben treten. (Wahrlich, der deutsche Bund war nicht so todtgeboren wie der neue. Er hat mehr als 30 Jahre bestanden.) Alles, was uns gegen das Ausland stark und geachtet, was uns im Innern glücklich und einträchtig machen kann, das wird die Aufgabe des Bundes, in dessen höherer Einigung die einzelnen deutschen Staaten nicht untergehen, sondern zu erhöhter Kraft heranreifen sollen." (Aber wie kann denn ein Bundesstaat geschaffen werden, wenn die einzelnen Staaten in demselben nicht aufgehen?)

„Hier drängt sich nun die Frage auf, weshalb dieser welthistorische Act nicht das Maß von freudiger Anerkennung, von begeisterter Theilnahme findet, welches er verdient und bedarf....

„Die Märzwoche Berlins hat keinen Einfluß auf den Entschluß des Königs zur Regeneration Deutschlands ausgeübt; sie hat dessen Veröffentlichung kaum erheblich beschleunigt ...

„Gänzlich unabhängig davon stand der Entschluß des Königs Friedrich Wilhelm IV. fest, das langjährige, schwere Versäumniß nachzuholen, und dem deutschen Bunde neues Leben einzuhauchen."

„Keine Regierung war befugt, einen Zwang über die andere auszuüben.

„In dem Augenblicke aber, als jene nationalen For-

derungen durch ganz Deutschland erschallten, als sie vor der Hofburg in Wien und vor dem Berliner Schlosse vernommen wurden, war die Verständigung zwischen den beiden großen Höfen wirklich bereits bis zu dem Puncte gediehen, daß die That unmittelbar auf dem Fuße gefolgt wäre....

„Was der König Friedrich Wilhelm IV. seit den großen Eindrücken der Befreiungskriege in seiner Seele getragen, dem strebte er Folge zu geben, unmittelbar nachdem er zur Regierung berufen worden war. Bei seiner ersten Unterredung mit dem k k. Staatskanzler Fürsten von Metternich im August **1840** zu Dresden sprach er sich gegen diesen über die absolute Nothwendigkeit aus, den bisherigen Gang in den Bundesangelegenheiten zu verlassen, und dieses erstorbene Institut zu neuem Leben zu kräftigen....

„Wenn daher nicht ohne Befriedigung auf den großen Fortschritt zurückgeblickt werden kann, welchen die Vertheidigungskraft Deutschlands gegen den äußeren Feind in jener Periode gemacht hat, so muß dagegen mit tiefem Schmerze bekannt werden, daß die von Berlin ausgehende Anregung zur innern Belebung des Bundes nicht gleiche Früchte trug....

„Man hat sich gewöhnt, in den rein persönlichen Eigenschaften und Ansichten der Staatsmänner, welche in Wien die Geschäfte leiteten, das Haupthinderniß zu jedem nationalen Fortschritte Deutschlands zu erblicken. An die Namen des Fürsten v. Metternich und des Grafen v. Münch knüpft sich vorzugsweise der allgemeine Tadel, die verbreitetste Anklage. Ist es aber wirklich gestattet, gänzlich zu

übersehen, was hiervon auf Rechnung der Lage des Kaiserstaates überhaupt, auf die Gesammtsumme seiner politischen Traditionen und auf die jetzige Gestalt seiner Regierung zu setzen ist? Mußten diese unläugbaren Thatsachen nicht den entschiedensten Einfluß da ausüben, wo es sich um eine bis auf den Grund reichende Umbildung des ganzen bisherigen Bundesverhältnisses handelte? Könnte und kann man von diesem Staate verlangen, daß er ausspreche: Oesterreich gehe in Deutschland auf? War dies aber nicht möglich, weder indem der gesammte Kaiserstaat sich in den Deutschen Bund versenkte, noch indem er die Deutschen Erblande von sich ausschied, so mußte jede Veränderung in den bestehenden Verfassungsnormen, durch welche der bisherige völkerrechtliche Staatenbund in einen staatsrechtlichen Bundesstaat überging, großes Bedenken erregen, und es ist nur zu erklärlich, daß man zögerte, zu einer solchen gewaltigen Veränderung Hand anzulegen. Wir glauben, daß auch für die österreichische Monarchie die Erstarkung des Deutschen Elements, die einige Verbindung mit der Nation hohe Vortheile darbietet, daß nur hierin das Gegengewicht liegt um zu verhindern, daß der Schwerpunct dieser wesentlich Deutschen Regierung nicht verrückt werde und in eine der andern Nationalitäten hinübergleite. Aber es darf auch eben so wenig verkannt werden, daß der alte Kaiserstaat mit seinen magyarischen, czechischen, slovakischen, wendischen, illyrischen, wallachischen, polnischen und italienischen Bestandtheilen andere und bedächtigere Erwägungen anzustellen hatte, als die kleineren Deutschen Bundesstaaten oder das junge lebens-

frische Preußen mit seiner so überwiegend Deutschen Bevölkerung. Diese historischen und geographischen Hemmungen haben mindestens eben so schwer im Rathe der österreichischen Regierung gewogen, als die Persönlichkeiten, denen man jetzt allein die verhängnißvollen Versäumnisse zur Last legt."

Es ist hier nicht unsere Aufgabe, zu untersuchen, was in den Anklagen des Herrn von Radowitz gegen das sogenannte vormärzliche Oesterreich Schiefes oder Wahres liegen möge; wenn wir eine Geschichte der österreichischen Politik zu schreiben hätten, würden wir uns darüber so freimüthig aussprechen, wie über die Politik des Herrn v. Radowitz. Doch können wir mindestens behaupten, daß Oesterreich in dem Plane einer höheren Concentrirung der Wehrkraft des deutschen Bundes weiter gegangen sei, als Preußen. Es mag uns daher vergönnt sein, hier über diesen uns ferner liegenden Gegenstand nur so viel zu bemerken, daß Oesterreich den Vorschlag eines Bundes-Inspectorats an das Cabinet von Berlin gerichtet hat, der sich entschieden über die dringende Nothwendigkeit aussprach, daß das Princip der unverletzlichen Souveränität der einzelnen Bundesglieder mit den unabweislichen Bedürfnissen der Heeresverfassung des deutschen Bundes in besseren Einklang gebracht werde.

Gegen die von Preußen vorgeschlagenen, dem Zwecke nicht genügend entsprechenden regellosen Inspicirungen ward von Oesterreich der Entwurf einer förmlichen Organisation der Central-Kriegsbehörde für den deutschen Bund geboten. Es war darin Alles vorgesehen, was dazu dienen konnte, dem Staatenkörper eine Achtung gebietende Haltung zu geben. Es

wurde anerkannt, wie nothwendig es sei, die Bundesarmee einer durchgreifenden, stets wirksamen Controlle zu unterziehen, da es bei dem vorhandenen Zustande gar nicht möglich war zu beurtheilen, ob die Staaten ihren bundesmäßigen Pflichten nachkämen oder nicht. Die österreichiche Denkschrift behandelte die Frage mit all' dem patriotischen Eifer, dessen sie würdig war. Sie erkannte an, daß der gesammte Bund durch den Mangel einer thätigen Central-Autorität seiner Kriegsverfassung das beruhigende Bewußtsein seiner Wehrkraft verloren habe. Die damalige Krisis (1840) habe gezeigt, wie es Noth thue, zweckmäßige, kräftige und ergiebige Maßregeln zu ergreifen. Das Gefühl der Stärke des deutschen Bundes müsse bei allen Mitgliedern desselben lebendig erhalten und dem deutschen Volke zu seiner Beruhigung kräftig mitgetheilt werden.

Vermöge der Bundesverfassung sollte der Bundestag für den Fall eines Bundeskriegs einen Oberfeldherrn ernennen, dem es dann obliege, die gesammte Wehrkraft zu befehligen und den Krieg zu leiten. Für die Friedenszeit hatte die Verfassung nicht gesorgt; es blieb die Wehrkraft zerrissen. In der Bundesversammlung vereinigte sich, so gut es gehen konnte, die getheilte politische Souveränität zu einem Ganzen. Zu diesem Zwecke waren die verschiedenen Organe des Bundes in beständiger Thätigkeit. Für das Kriegswesen bestand nur eine untergeordnete Militär-Commission, die als militärische Kanzlei für Details fungirte, ganz und gar ungenügend zu dem großen Zwecke, in so vielen verschiedenen Truppen-Abtheilungen das Gefühl der Einheit zu wecken, zu erhalten und um alle praktischen Anordnungen im Namen des Bundes zu treffen, welche, wollte man die Bildung einer großen Kriegsmacht, unerläß-

lich waren. Selbstvertrauen und Mannszucht lassen sich nur in bewaffneten Haufen erhalten, die wissen und durch den Dienst fühlen, daß sie einem großen Körper angehören.

Es wurde in dem erwähnten österreichischen Vorschlage mit großer Entschiedenheit die Ansicht geltend gemacht, daß, wenn auch die unvermeidliche Beschränkung der Bundeskraft durch die Souveränität seiner Mitglieder dem deutschen Bunde eine Defensivstellung anweise, so doch seine Kriegsmacht nicht so gestellt sein dürfe, wie der Bund selbst. Vielmehr müßte diese so viel lebendige Kraft erhalten, als sie bedürfte, um einen politisch offensiven Krieg zu führen. Habe nun auch die militärische Verfassung sich auf keiner anderen Grundlage erbauen lassen, als auf jener der politischen Verfassung des Bundes, so müßte man um so mehr suchen durch Nebeneinrichtungen der Bundes-Kriegsmacht jene Stellung zu verleihen, welche ihr die Bundesverfassung als solche nicht gewähren könne, ja welche diese sogar beeinträchtigen würde, wenn man nicht daran denke, Hilfe zu schaffen. — So viel uns bekannt, ward der österreichische Plan einer zu begründenden obersten Aufsichtsbehörde für das Bundesheer von Preußen abgelehnt. Es scheint also damals nicht die Absicht Preußens gewesen zu sein, den Bund auf eine alle seine Glieder gleichmäßig stärkende Weise zu befestigen; vielmehr schien Preußen offenbar der Zeitpunct noch nicht gekommen, wo es seine Pläne offen darlegen wollte und konnte. Diese gingen aber, wie die Folge gelehrt hat, nicht dahin, den Bund zu stärken, sondern aus dem Bunde eine außerordentliche Kraftvermehrung für sich selbst zu schöpfen, indem es sich selbst an die Spitze von Deutschland stellte. Dazu schien von seinen Staatsmännern ein Zeitpunct ausersehen zu sein, wo Oesterreich nicht

in der ganzen Kraftfülle seiner Macht stehen und daher außer Stande sein würde, Preußen zu hindern, die deutschen Angelegenheiten „in die Hand zu nehmen." Preußen macht Oesterreich in der Schrift seines ersten Staatsmannes den Vorwurf, überall allen Bundesstärkungsmitteln hinderlich in den Weg getreten zu sein — nun der österreichische Entwurf des Bundes-Inspectorats, welches nichts Geringeres war, als ein deutsches Kriegsministerium, beweist eben nicht, daß Oesterreich sich allen Einigungsgedanken widersetzt habe, wenn sie wirklich den Interessen und der Wesenheit des Bundes entsprechend waren. Wohl aber beweist die starrsinnige Haltung preußischer Staatsmänner, welche so wichtige, ja wichtigste Maßregeln und Entwürfe fallen ließen, blos weil sie nicht von ihnen herrührten, daß es Preußen, damals wie heute, viel weniger um den Bund, als um sich selbst zu thun war. Es wollte immer das große Wort führen, und vielleicht hat es dadurch mehr als durch alles Andere eine Einigung und Kräftigung des Bundes verhindert. Die herausfordernde, maßgebende und anspruchsvolle Manier der preußischen Unterhändler war wenig geeignet, einem Staate wie Oesterreich die Regeln seines Vorschreitens im Bunde zu geben und für die preußischen Absichten und Ansprüche günstig zu stimmen. Preußens größter Fehler war oft das Nichtangemessene.

Ferner sagt Herr v. Radowitz in seiner Schrift:

„Nicht Jedem möchte es als unzweifelhaft erscheinen, daß die Unabhängigkeit der 39 souveränen Territorien vereinbar sei mit der Aufrichtung einer starken Centralgewalt, und daß der Verlust, den Bayern, Würtemberg, Hessen ꝛc. als solches hiebei erleide, durch einen Zuwachs an Wohlsein und Kraft des Ganzen wirklich überwogen

werde. Während in Oesterreich und Preußen so manche Patrioten eine größere Unterwerfung unter den Bund als eine Herabsetzung ihrer mächtigen Reiche betrachteten, fürchtete man in den kleineren Staaten, daß die Verstärkung des Mittelpunctes der Einheit nur zum Vortheil der beiden großen Bundesglieder ausschlagen werde. . . .

„Bei dem besten Willen war es nur Wenigen gegeben sich bis zu der Einsicht zu erheben, daß Preußen nur in und durch Deutschland gewonnen werden könne, daß es dessen eigenste Aufgabe sei, den Bund aus seinem trüben Schlummer zu erwecken, und daß der Augenblick nahe heranrücke, wo die Nation über die Lösung dieser Aufgabe Rechenschaft fordern werde. . . .

„Diese Erfahrungen mußten immer mehr zu der Ueberzeugung hinführen, daß es unmöglich sei, auf dem Wege des bloßen diplomatischen Verkehrs zu irgend etwas Gedeihlichem für die Deutsche Sache zu gelangen, und daß es der Apathie oder dem egoistischen Widerwillen stets gelingen werde, auch die bestgemeintesten Vorschläge unwirksam zu machen, so lange sie nicht aus dem Dunkel der Cabinete hervorträten. Daß man in dem Geiste der Nation selbst den mächtigsten Verbündeten aufzusuchen habe, dieses wurde im Schlosse von Berlin immer deutlicher erkannt.

„Zwei große Mittel boten sich hiezu dar: die Entfesselung der Presse überhaupt, und die Veröffentlichung der Verhandlungen des Bundes.“ (Also die freie Presse hoffte Herr von Radowitz für seinen Plan zu benützen. Nun wir

denken, sie habe ihm Ursache genug gegeben diesen seinen Irrthum einzusehen und zu bereuen.)

„Für die Zeitungen sollte eine Selbstcensur der Redactionen eintreten und diese für erwiesene Vergehen allein haftbar bleiben. Der König legte den Entwurf am **13**. Januar **1843** seinem Ministerrathe selbst vor. ...

„Auch der Segen, der aus der Veröffentlichung der Verhandlungen des Bundestags fließen könne, war dem Könige nicht zweifelhaft. Diese Publication hatte bis zum Jahr **1824** wenn auch nicht unverkürzt stattgefunden; die Protocolle wurden den Redactionen der Frankfurter Journale aus der Bundeskanzlei verabfolgt und ihnen ausdrücklich gestattet, sie drei Tage später in ihre Blätter aufzunehmen. Auf den Antrag des Bundespräsidiums wurde diese Veröffentlichung durch den Beschluß vom **1**. Juli **1824** untersagt."

Hier ist der passende Ort, um sich aus den Eingeständnissen des Herrn v. Radowitz die zweite der Fragen zu beantworten, welche wir uns am Eingange gestellt haben. Die Absicht Preußens war also offenbar, die öffentliche Meinung als eine Waffe gegen die Ungelehrigkeit der Bundesglieder zu gebrauchen, um mit ihrem moralischen Zwange das durchzusetzen, was man bei dem herrschenden Mißtrauen in die preußische Politik auf anderem Wege zu erreichen nicht hoffen durfte. Es ist die Absicht, Deutschland mit Hilfe der in Bewegung zu setzenden Nationalleidenschaften zu revolutioniren, so deutlich ausgesprochen, daß der ganze spätere Gang der preußischen Politik hierdurch genügend erklärt wird.

Doch hören wir weiter.

„Der Antrag auf Veröffentlichung der Bundesprotocolle wurde fast zu gleicher Zeit von Würtemberg an den Bund gebracht und von Preußen auf das lebhafteste unterstützt.

„In beiden wichtigen Bundessachen wußten jedoch die Gegner durch Hinhalten und Anhalten die Entscheidung hinauszuschieben; die Ferien der Bundesversammlung im September 1847, nach welchen der österreichische Präsidialgesandte von Frankfurt abwesend blieb, unterbrachen die ferneren Verhandlungen hierüber....

„Es sollte zuerst eine neue Preßgesetzgebung mit Wegfall der Censur, so wie die Veröffentlichung der Bundesprotocolle ins Leben treten, und dem Andern die Bahn brechen.

„Um zur Ausführung zu gelangen, zeichnete sich der König folgenden Gang bestimmt vor: Zuerst mußte alles daran gesetzt werden, um Oesterreich zu der endlichen Einsicht zu bringen, daß es höchste, letzte Zeit sei, dem bisherigen Todesschlafe ein Ende zu machen, und den Bund zu einem neuen Leben zu erwecken....

„Der König hatte nicht umhin gekonnt, auch den Fall ins Auge zu fassen, wenn es völlig unmöglich sein sollte, die österreichische Regierung dazu zu vermögen, in der Bundesregeneration mit Preußen gemeinsame Sache zu machen....

„Die ganze Zukunft des Vaterlandes durfte nicht wie bisher davon abhängig bleiben, ob es gelinge jenes Einverständniß zu erreichen....

„Wäre auch dieses Bestreben fruchtlos geblieben, wäre es der Abneigung anderer Bundesregierungen gelungen, durch unmittelbaren Widerspruch oder endloses Hinziehen den Bund in seinem bisherigen Nihilismus festzubannen, so war der König entschlossen, das durchaus Nothwendige außerhalb der bisherigen Wege zu erringen....

„Nur innerhalb der Bundesverfassung und ihrer gewiesenen Wege konnte eine Deutsche Regierung der selbstgestellten Aufgabe nachkommen. (Man sieht den grellen Widerspruch, in welchem der Verfasser mit sich selbst steht. Die gleich darauf folgende Stelle beweist noch mehr, wie schwankend und haltlos der preußische Gedanke war; denn blieben die Rechte der Bundesglieder unverletzt, so war der Plan nicht ausführbar.)

„Ob man diese unermeßliche Veränderung preise oder beklage — das steht fest, daß im November 1847 Preußen sich keine andere Linie für die Aufrechthaltung des Deutschen Bundes vorzeichnen konnte, als eine solche, welche die Rechte und die Unabhängigkeit der Bundesglieder unverletzt ließ....

„In der schweizerischen Eidgenossenschaft war der Bürgerkrieg ausgebrochen, in Italien politische Veränderungen theils eingetreten, theils vorbereitet, die die Existenz der österreichischen Provinzen in diesem Lande bedrohten. Es mochte nicht ohne Grund den Anschein gewinnen, als wolle man die augenblicklichen Verlegenheiten und Gefahren des kaiserlichen Hofes benutzen, um ihm Zugeständnisse in Deutschland abzudringen. Auf ein theilnehmen-

des Eingehen in die Bedürfnisse des Bundes war in diesem Augenblicke großer Unruhe ohnehin in Wien weniger als je zu zählen. Der König beschloß daher, zunächst eine Verständigung mit Oesterreich zu erzielen....

„Als Vorbereitung hiezu sollte Oesterreich alsbald vermocht werden, zuzugestehen, daß der Deutsche Bund bei den beabsichtigten europäischen Conferenzen als selbstständige europäische Großmacht auftrete und an denselben, wenn er es wünsche, durch einen eigenen Bevollmächtigten vertreten werde. Im Vergleich zu den früheren Hergängen, insbesondere zu den Londoner Conferenzen in der belgischen Sache, mußte ein solcher Eintritt des Bundes in die große europäische Politik allerdings als ein wesentlicher Fortschritt erscheinen. Deutschland und Europa konnten daran erkennen, daß eine neue Zeit für den Bund im Heranbrechen sei....

„Als Grundlage für die Berathungen über die Entwickelung des Bundes legte der preußische Bevollmächtigte am 5. März ein Memorandum vor, welches sämmtliche Puncte der Denkschrift vom 20. März 1847 umfaßte. Die kaiserliche Regierung zog diese Anträge in ernstliche Erwägung.....

„Der Gedanke, die Vertretung der allgemeinen Bundesinteressen unmittelbar in die Hände der Völker zu legen, war bis dahin nur in vereinzelten Stimmen zur Sprache gekommen.....

„Als indeß der Ruf nach einem deutschen Parlament durch alle Theile Deutschlands erscholl, und mehrere Regierungen selbst sich veranlaßt gefunden hatten, hiezu die

Hand zu bieten, so konnten sich die beiden größeren Höfe berechtigt glauben, auch hierauf ihre Vorschläge zu richten."

„Es ist klar, daß wenige Tage nach dem 19. März 1848 der Zusammentritt eines Congresses der deutschen Regierungen als unausführbar erkannt werden mußte....

In der angezogenen Denkschrift selbst befinden sich folgende höchst bemerkenswerthe Stellen.

„Aus der Entstehungsgeschichte des deutschen Bundes ist genugsam bekannt, unter welchen Einflüssen diese neue Gestaltung ins Leben trat. Schon der Rieder Vertrag und die sich hieran anschließenden Pacte mit den süddeutschen Staaten hatten eigentlich jeden gesunden und heilsamen Aufbau des neuen Gemeinwesens unmöglich gemacht.

„Man trieb den Schulbegriff eines rein völkerrechtlichen Vereins auf die Spitze, und ging demgemäß von einer abstracten Selbstständigkeit und Parität aller deutschen Staaten aus....

„Der Souveränitätsschwindel, der ganze Bodensatz des Rheinbundes wurde thätig, nachdem er sich eben von Napoleon's Faust und der Bestürzung über seinen Fall erholt hatte....

„Die Wiener Schlußacte hat neben großen Mängeln doch das Verdienst, daß eine Reihe von Fragen, die man bis dahin beseitigt hatte, eine Art von Lösung erhielten.

„Kaum waren jedoch die Gefahren des Separatismus einigermaßen zurückgetreten, als auch die Eifersucht Oesterreichs gegen Preußen wieder in erhöhtem Maße hervortrat und dieser Periode, die bis in das Jahr 1830 reicht, ihren

Stempel aufdrückte. Diese Gegenwirkung hob alle Aussicht auf, irgend etwas für Deutschland Dienliches aus dem Bunde hervorgehen zu sehen. Daher das Erwachen der Neigung, dasjenige durch Specialvereinbarungen zu erreichen, wozu sich der Bund als untauglich auswies. Die Entstehung des Zollvereins ist der größte Beleg hierzu.

„Es war der erste Riß in das Werk von **1815**, die erste Erklärung, daß man an dessen Belebung verzweifle, und bis auf den heutigen Tag sind diese Wirkungen noch zu verspüren....

„Die Stellung des Bundes zu der Hannover'schen Frage ist das letzte Glied in diesem unheilvollen Systeme; der Schaden, den die Incompetenzerklärung in einer solchen, den ganzen Rechtszustand Deutschlands berührenden Sache verursacht hat, ist völlig unberechenbar.

„An das Jahr **1840** knüpft sich die Erinnerung an einen Aufschwung des deutschen Volksgefühles, wie er kaum noch als möglich erachtet werden durfte.

„Die gewaltigste Kraft der Gegenwart, die Nationalität, ist die gefährlichste Waffe in den Händen der Feinde der rechtlichen Ordnung geworden....

„Durch alle Gemüther zieht die Sehnsucht nach einem, an innerer Gemeinschaft wachsenden Deutschland, das nach Außen mächtig und geehrt, nach Innen erhaben und einträchtig sei; es ist dieses noch immer der populärste und gewaltigste Gedanke, der in unserm Volke lebt. Ja, es ist der einzige, der noch außerhalb und über den Parteien steht, der einzige, dem die Gegensätze des Stammesunterschiedes, der kirchlichen Scheidungen und der politischen

Doctrinen sich noch unterordnen. Es ist daher auch der einzige, auf welchem noch eine feste Staats- und Lebens-ordnung zu errichten ist, das einzige Bett, in welches die verheerenden Strömungen der Parteikämpfe abgeleitet werden können. Jeder andere Versuch mit den bisherigen Mitteln, in den bisherigen Formen, wird als ungenügend erfunden werden, zu unersetzlichem Schaden aller Theile!

„Ist diese Betrachtung richtig, so ist sie es doppelt für Preußen. Preußen ist durch den Lauf der Begebenheiten in die europäische Pentarchie gelangt, und wird diese ihm zugewiesene Stelle behaupten müssen und wollen. Aber wie wehrhaft und kräftig es auch sei, immer kann nicht verkannt werden, daß es in der Vereinzelung nicht gleiches Gewicht bei den großen Welthändeln in die Wagschale zu legen vermag, wie die andern vier Staaten. Nur in der festesten, innigsten Verbindung mit dem übrigen Deutschland kann es die Ergänzung der Kräfte finden, deren es bedarf. Daß Deutschland mächtig und einträchtig dastehe, dieses ist die Lebensfrage für Preußen, die oberste Bedingung seiner Existenz....

„Nur eine Macht, die da steht und fällt mit Deutschland, kann hier eine wahre moralische Autorität ausüben; dieses fühlt mehr oder minder dunkel Jedermann, und eine solche Autorität wird nicht eher erstehen, bis Preußen nothgedrungen in dem Bewußtsein, daß es nur allein das Beste des Ganzen sucht, die am Boden schleifenden Zügel aufnimmt."

(Diese Stelle ist wohl deutlich genug. Ein Mitglied des

Bundes, das diese Sprache führte, konnte sich nicht beklagen, wenn in Deutschland der Zweifel entstand, ob Deutschland in Preußen oder dieses in Deutschland aufgehen solle! Hier liegt der ganze Isolirungsbau der preußischen Politik. Das Parlament wollte alle Souveränitäten Deutschlands in Eine auflösen und konnte daher nicht mit Preußen sein, die andern Glieder des Bundes konnten noch weniger sich ihm anschließen.

„Was seit Entstehen des Bundes eine der obersten politischen Aufgaben für Preußen gewesen wäre, ist es in noch weit erhöhetem Maaßstabe seit der Thronbesteigung Sr. Majestät des Königs. Der König bedarf auf seinen Wegen mehr als je ein anderer Regent des Vertrauens, der Sympathie, ja der Begeisterung seines Volkes. Gegenwärtig, nachdem der politische und kirchliche Parteienkampf das Feld seiner besten und reinsten Absichten verwüstet hat, gibt es hierzu nur noch ein mögliches Mittel: daß der König sich mit dem besseren Geiste der Nation verbünde, indem er als Vorfechter für ihre theuersten Güter und Wünsche vorantritt. — Der König muß Preußen in und durch Deutschland gewinnen, der Gewinn ist dann sogar ein doppelter....

„Die durch die Wiener Conferenzen von **1834** instituirten Schiedsgerichte haben sich, wie vorauszusehen war, als gänzlich nutzlos erwiesen. Und dennoch liegt eben hierfür das allerdringendste Bedürfniß vor....

„Kaum waren seitdem (**1816**) fünf Jahre verflossen, so bestimmte die Wiener Schlußacte in ihrem **64**. Artikel, „daß der Bundesversammlung überlassen bleibe, in dergleichen Vorschlägen ihr Bestreben dahin zu richten, daß eine

freiwillige Vereinbarung unter den sämmtlichen Bundesgliedern bewirkt werde.“ Daß hierdurch jede Möglichkeit zu heilsamen Bundesmaaßregeln dieser Art von vorneherein abgeschnitten wurde, bedarf keines Beweises. Bei einer solchen Disposition der obern Bundesleitung und einer solchen Stimmung der andern Bundesglieder nimmt es daher nicht Wunder, daß **32** Jahre verfließen konnten, ohne daß auch nur ein einziges Lebenszeichen der Bundesversammlung erschienen wäre, aus welchem die Nation hätte entnehmen können, daß ihre dringendsten Bedürfnisse, ihre wohlbegründetsten Ansprüche und Wünsche im Rathe des deutschen Bundes irgend eine Beachtung fänden.

„Dieses Gefühl hat unsäglichen Schaden gethan, hat die Gemüther der Ruhigen erkaltet und abgewandt, die der Heftigen gereizt und erbittert, den Bösartigen aber den wirksamsten Hebel dargeboten, um die Massen mit Verachtung gegen den Bund, mit tiefem Groll gegen seine Glieder zu erfüllen; eine Stimmung, die mit nur zu begründeter Sorge in die nahe Zukunft blicken läßt.

„Wenn demnach die Frage aufgeworfen wird: was ist zu thun durch und für den Bund? so geht die Antwort in die drei Richtungen:

die Wehrhaftigkeit stärken;

den Rechtsschutz ordnen und ergänzen;

die materiellen Bedürfnisse befriedigen....

„Um zu dem oben bezeichneten Ziele zu gelangen, treten vornämlich zwei Hindernisse entgegen:

Das bisherige System Oesterreichs in Bezug auf den Bund;

Der Souveränitätsschwindel und Egoismus der einzelnen Regierungen.

„Es wird sich zunächst darum handeln, das Erstere nach seinem ganzen Umfange zu betrachten.

„Wie wichtig das Einverständniß Preußens mit Oesterreich in den Bundesangelegenheiten ist, bedarf keiner Erörterung. Dieser Zusammenhang hat an und für sich eine hohe Bedeutung als Glied und Aeußerung der engen Allianz zwischen beiden Höfen überhaupt; er ist andrerseits das beste Mittel um den Particularismus andrer Bundesglieder zu überwinden. Es gibt kaum einen wahren und großen Fortschritt für Deutschland, wenn Oesterreich sich dem entzieht; nur im äußersten Falle darf die innigste Gemeinschaft mit dem alten Kaiserstaate momentan aufgegeben werden...

(Der König weiß,) daß Er nichts sucht und will als dasjenige, was ganz in gleichem Maße auch der österreichische Hof wollen müßte, wenn er sich aus der bisherigen Gleichgiltigkeit zur Einsicht in sein wahres Wohl erhöbe. Die früheren Erfahrungen können hiergegen nicht als vollgiltiger Einwand gelten. Man hat dem österreichischen Cabinette gegenüber in den deutschen Sachen noch nie diese Sprache geführt: das Herabsehen von der Höhe besonnener Weisheit auf das unruhige Treiben der Ideologie würde sich wahrscheinlich legen, sobald ihm der nüchternste Ernst scharfüberlegter Vorsätze entgegenträte....

„Die Aufgabe des Congresses oder der vorbereitenden Thätigkeit der Bundesversammlung würde es nun sein, die

Linie festzustellen, auf welcher der Bund ein neues Leben finden soll.

(Deutschland war an und für sich zu schwach constituirt, es war von allen Seiten fremden Einflüssen offen, und konnte daher einer solchen Aufregung nicht widerstehen, wie jene war, die das Jahr 1848 hervorgerufen hatte. Durch Preßfreiheit wollte das Ministerium die schwierigsten Fragen von den Deputirten eines Volkes erörtern lassen, in welchem noch keine praktische politische Bildung zu finden war. Nur in einem großen Staat kann sich der Geist zu höheren politischen Ideen auf dem Wege der Erfahrung erheben und sich daher immer in den Schranken des Erreichbaren, der Möglichkeit halten. Schulbildung und Zeitungsbildung allein, wie sie in Deutschland bestand, versteigt sich bis zu dem Unerreichbaren; man will mit einem Male das Gedachte als Wirklichkeit erfassen, ohne zu bedenken, daß die Wege, die zu einer politischen Umbildung führen, lang sind, daß sie Zeit erfordern.

Anstatt dessen hat Preußen in seinen ritterlichen Anwandlungen von Schöpfergelüsten Deutschland dermaßen in Aufruhr gebracht, daß Befriedigung und mit derselben die Beruhigung der Leidenschaft in weite Ferne getreten sind)

„Der im Obigen angedeutete Weg ging von der Voraussetzung aus, daß es gelingen werde, den österreichischen Hof zu gemeinschaftlichem Handeln zu bewegen. Von vorneherein wird jedoch auch der Fall ernstlich ins Auge gefaßt werden müssen, daß Oesterreich sich durchaus weigere, hieran Theil zu nehmen. — Wie rein und selbstlos auch die Absichten des Königs bei dieser großen Anregung sind, wie aufrichtig er auch wünschen möge, daß

Oesterreich überall vorantrete und in der Wiedergeburt Deutschlands den ihm gebührenden Platz einnehme, wer kann dafür stehen, daß nicht dennoch neues Mißtrauen erwache oder die bisherige Abneigung gegen allen Fortschritt sich als unüberwindlich zeigen werde! Wenn Preußen dann seiner Pflicht gegen diesen alten und theuern Verbündeten volle Genüge gethan, wenn es alle Mittel, alle Vorstellungen erschöpft hat, so wird es im höchsten Interesse seiner selbst, wie des gesammten Vaterlandes, ja Oesterreich's selbst, den schweren Weg allein, aber getrosten Muthes zu betreten haben." – — (So ist es geschehen, und auf diesem Wege fand Teutschland die Revolution.)

„Das Erste, was sich dann darbietet, ist, daß Preußen dasselbe, welches man in Wien zurückgewiesen, nunmehr im eigenen Namen unmittelbar der Bundesversammlung vorlege....

(Deutschland wollte hauptsächlich eine bessere Stellung — Preußen wollte sie auf dem Wege organischer Reformen im Inneren herbeiführen. Es erwog nicht, daß politische Stellungen ganz einfach auf dem Wege der Politik zu gewinnen sind. Die Politik aber gibt nicht gegebene Stellungen auf, ehe sie andere hat begründen können. Preußen gab seine historische Grundlage, den Bund mit Oesterreich und Rußland, auf; es war aber in dieser Beziehung politisch zaghaft, unentschieden. Hätte Preußen in der holländisch-belgischen Sache die Initiative der Einmischung ergriffen, wozu Verträge, Interessen und die Grenzverhältnisse ihm das Recht gaben, wie Oesterreich bei jedem neuen Anlaß diese Initiative in Italien ergriffen

hatte, so war da ein unmittelbarer Anlaß, um die Macht Deutschlands zur Geltung zu bringen. Preußen konnte die Mitwirkung Oesterreichs und die Zustimmung Rußlands nicht bezweifeln.

Die wichtigsten Interessen aller Deutschen waren dabei betheiligt; es hätte sich da viel eher jene Einheit des Willens der Völker und Regierungen herstellen lassen, als auf einem Felde, wo der Streit über Souveränitäts-Rechte sich in den Vordergrund stellte.)

„Wie schmerzlich es auch sei, so wird doch auch der Fall fest angeschauet werden müssen, daß der Einfluß von Wien und die selbstsüchtigen Triebe einzelner Regierungen es unmöglich machen könnten, auf dem Bundestage irgend etwas Gedeihliches zu erzielen. Preußen befände sich dann in der schmerzlichen Lage, jeder Verantwortlichkeit dafür enthoben zu sein, wenn es das schlechthin Nothwendige nunmehr außerhalb seiner bisherigen Allianzen und außerhalb des formalen Bundesweges verfolgt Gegen den Widerstand Oesterreichs und gegen den üblen Willen anderer Regierungen anzukämpfen, gibt es dann nur ein Mittel, aber dieses ist vollkommen genügend: die Verbindung mit dem besseren Geiste der Nation. Deutschland erfahre und wisse, was der König gewollt und gethan, es erkenne, daß seine heiligsten Interessen, sein theuerstes Verlangen auf dem Throne Preußens einen Vertreter gefunden habe; Deutschland lerne den Fürsten lieben und vertrauen, der seine eigene Existenz einsetzt für das Wohl des gemeinsamen Vaterlandes, es gewähre ihm auf

seinem mühsamen Wege die mächtigste Hilfe der Zeit: die offene Zustimmung eines Volkes von 40 Millionen! — Der König trete vor seine Stände und lege ihnen volle Rechenschaft ab über seine Schritte in Wien und Frankfurt. — Es ist eine entschieden irrige Ansicht, als stände einer solchen Eröffnung irgend ein bundesrechtliches Hinderniß entgegen. Nicht die Protocolle der Versammlung oder die Aeußerungen anderer Regierungen sind es, um deren Veröffentlichung es sich handelt; über seine eigenen Schritte steht Preußen jede freie Befugniß zu.

„Hiermit gehe Hand in Hand die literarische Oeffentlichkeit im ausgedehntesten Maßstabe; es ist ein schon früher oft berührtes Thema, welche große Action die preußische Regierung auf diesem Wege auszuüben befähigt wäre. Was hierin bis jetzt geschehen, ist weniger als unzulänglich. Auch hier können nur ein zusammenhängender Gedanke und umfassende Mittel der Ausführung ein wahrhaft gedeihliches Resultat liefern.

„Wenn der Geist der Nation selbst als Bundesgenosse des Königs sich erhebt, dann ist der Moment gekommen, um durch Specialvereine zu erreichen, was auf dem Bundeswege unmöglich war. Jede der oben angeführten Institutionen im Einzelnen, oder auch mehrere in Verbindung, können der Gegenstand von Vereinigungen werden, die bald genug den größeren Theil von Deutschland umfassen werden. Immer aber müßte es dabei das unverwandte Ziel der preußischen Staatsthätigkeit bleiben, dann, wenn in Wien und Frankfurt ein besserer Geist empor-

wächst, diese Specialvereine wieder zum Eigenthume des Bundes zu machen, und in ihn zu verschmelzen. — Welchen materiellen Nutzen auch dergleichen partielle Vereinigungen momentan darbieten mögen, der höhere ethische Gewinn wird immer nur durch solche Institutionen erfüllt, in welchen die Nation sich und Anderen als ein Ganzes erscheint und fühlt." — —

Sehen wir nun die uns gestellten zwei ersten Fragen durch die seltsamen Ergießungen des Herrn v. Radowitz genügend beantwortet und ist der Gesichtspunct festgestellt, aus welchem sein politisches System zu beurtheilen ist, so wird es leicht sein, zu beweisen, wie wenig diese Politik eine erhaltende genannt zu werden verdient, wie unnatürlich ihr Bündniß mit revolutionären Elementen gewesen ist und wie schwer dadurch die preußischen Interessen selbst compromittirt worden sind — wie sehr sie also alle Hauptzwecke einer vernünftigen Staatspolitik verfehlt hat, die doch in nichts Anderem bestehen dürfen, als den Staat und seine politische Stellung, so wie seine Bündnisse zu erhalten, seine materiellen Interessen zu wahren und hierdurch seine Macht, sein Ansehen, sein Glück sicher zu stellen. Die Wahrheit dieser Bemerkung ist durch die völlige Isolirung Preußens in diesem Augenblick vollkommen bewiesen.

Eine letzte Anmerkung, die wir zu der Schrift des Herrn v. Radowitz zu machen uns noch erlauben wollen, wird dazu dienen, ihm die Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, daß seine Motive ohne Zweifel die edelsten gewesen sind, die ein Staatsmann haben kann. Er hat Preußen und durch Preußen Deutschland groß und mächtig machen wollen, er hat mit einer unerschütterlichen Festigkeit an seinen Ueberzeugungen gehalten und

mit einer seltenen Entschlossenheit und Kühnheit seinen Plan ins Werk gesetzt. Aber es genügt nicht in der Politik, Talente, Charakter, edle Motive zu haben, man darf vor allen Dingen weder seine Mittel noch seine Kraft überschätzen. So groß auch die Fähigkeiten des Herrn v. Radowitz sein mögen, er war einer so riesenhaften Aufgabe, wie er sie sich gestellt, keineswegs gewachsen. Seine Politik war blos der zur That gewordene Ausdruck der Unzufriedenheit im preußischen Staate, welche aus seiner eigenthümlichen Lage entspringt. Aber es reicht nicht hin, um eine schlechte Lage zu verbessern, im Gefühl derselben seine Nachbarn zu beunruhigen; je mehr man genirt ist in der Freiheit seiner Bewegungen, desto ruhiger muß man sich verhalten, wenn man eben durch seine Bewegungen einen Mächtigeren verletzen müßte. Preußen ist allerdings unfrei in seinen Bewegungen, aber welcher Staat des europäischen Staatensystemes wäre denn in dieser Beziehung unbedingt frei? Preußen hat sich frei machen wollen von allen natürlichen Beschränkungen eines gemeinsamen Staatenlebens; die nothwendige Folge davon ist seine gegenwärtige Isolirung — es gehört keinem Systeme mehr an.

Eine Verbesserung der Lage eines schwachen Staates kann selten auf dem Wege des Krieges, sondern meistens nur durch friedliche Bündnisse erzielt werden. Aber selbst den Krieg kann man nur durch Bündnisse machen. Schon im gemeinen Leben gilt die allgemeine Regel, daß der Schwächere sich unterordnen, nachgeben und Verbindungen suchen müsse; noch größere Geltung hat diese Regel im Staatenleben, und es ist um so gefährlicher, sie zu verletzen, als die allgemeinen Gesetze, da alle Staaten nicht gleicher Größe sein können, so gestellt sind, daß

sie den Schwächeren Schutz gegen die Stärkeren angedeihen lassen, so daß sie lange neben einander zu bestehen vermögen. Alle Kriege dieser Welt werden begonnen mit Anrufungen des Allmächtigen; allein selbst der Allmächtige vermag nicht, die Gesetze zu ändern, die er für die Ewigkeit dem Universum gegeben hat. Die Gesetze der Gravitation, der Cohäsion, der Bewegung existiren auch in der politischen Welt; man kann sich ihnen nicht entziehen, und die edelste Begeisterung, der erhabenste Heldenmuth, die aufopferndste Tugend vermögen sie nicht zu ändern. Die durch Herrn v. Radowitz vertretene moderne Politik Preußens schickte sich an, den Himmel zu erstürmen, und verlor darüber den Boden unter den Füßen. Sie hat keinen Gewinn für Preußen hinterlassen, wenn nicht den einer belehrenden Erfahrung. Das mitteleuropäische Staatensystem ist ohne Regel und Organisation, die Aeußerungen seiner gewaltigen Kräfte sind schwach; es wäre an der Zeit, demselben in Europa jene Stellung zu erstreben, welche ihm durch sein natürliches Gewicht zukommt. An Preußen wäre es vielleicht gewesen, die Anregung zu einem solchen Beginnen zu geben. Zuerst aber müßte es sich selbst einer Allianz der Interessen anschließen, welche von den natürlichen Verhältnissen nicht vollkommener geboten werden kann.

Die mitgetheilten Auszüge aus der Schrift eines Mannes, in dessen Händen das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten in Preußen ruhte, zeigen den Plan des preußischen Ministeriums in seiner ganzen Blöße. Vor Allem huldigt der Verfasser dem Ideale der deutschen Einheit gerade so unbedingt wie die revolutionärste Partei in Deutschland; er will diese Einheit vollständig, er will sie unter preußischer Supprematie und

auf Kosten der Souveränität der Mitglieder des deutschen Bundes. In dieser Bestrebung liegt der erste, der Grundirrthum der preußischen Politik. Eine so vollkommene Einheit, wie die erstrebte, ist nicht möglich ohne eine Revolution, welche alle deutschen Fürsten entthront. Er will ferner diese Einheit im Falle der Noth ohne Oesterreich durchführen, er entfernt sich daher ganz und gar von der historischen Basis, welche Deutschland und Preußen gemeinschaftlich haben. Er will also die Geschichte Deutschlands nicht anerkennen und ein neues Deutschland erschaffen? Hat er auch bedacht, daß er damit Preußen ganz aufgibt? Auf welcher Grundlage besteht Preußen, wenn nicht auf der historischen, auf der Grundlage der Verträge? Besteht Preußen in seiner jetzigen Macht durch freie Vereinbarungs-Beschlüsse des deutschen Volkes oder der deutschen Fürsten? Besteht es auch nur kraft der Gewalt einer geographischen Nothwendigkeit? Ist Preußen das Product der Freiheit der Völker? Fühlt es nicht selbst die Gefahren seiner geographischen Lage? Hat es eine einzige andere Grundlage, als seine glorreiche Geschichte und die Grundartikel feierlicher Verträge? Eingesetzt in die Gesellschaft der Großmächte durch den Willen und Schutz seiner größeren Nachbarn, hat es etwa den natürlichen Beruf, durch sein militärisches Uebergewicht eine Revolution in Deutschland zu vollbringen? Wer könnte dann Bayern, im Vereine mit Würtemberg und vielleicht noch einigen kleinen Staaten, denselben Beruf streitig machen, da es doch kein ausschließendes Privilegium Preußens sein kann, sich eine militärische Organisation zu geben? Denn wie Preußen ein Staat von 16 Millionen Menschen, so ist Bayern einer von 5 Millionen geworden. Die deutschen Fürsten haben niemals zur Vergrößerung oder auch nur zur

Befestigung Deutschlands beigetragen; sie haben ihre Eroberungen nur in Deutschland gemacht und Einer auf Kosten der Andern, immer ohne Vortheil für Deutschland, sich vergrößert. Das gemeinschaftliche deutsche Vaterland hatte niemals dabei etwas zu gewinnen; es verlor vielmehr für alle Fälle die Kriegskosten und hatte noch überdieß alle Verheerungen des Krieges zu ertragen.

Würde wohl der schwedische Krieg so lange gedauert haben, wenn nicht deutsche Fürsten und Provinzen sich mit dem Schwedenkönig verbündet hätten? Das Einzige was Preußen von einer fremden Macht eroberte, war die Stadt Stettin und die angrenzenden Gebiete, zu deren Rückgabe Carl XII. in Folge des pommer'schen Krieges und des Friedensvertrages von 1721 gezwungen wurde.

Dagegen hat Deutschland fast in allen Kriegen Gebietstheile an andere Nationen verloren, die es nie wieder erhalten hat, und deren Bewohner sich zuletzt freiwillig von der deutschen Nation lossagten; so wenig haben die Deutschen je ihre Einheit gewollt und geachtet.

Vom Gesichtspuncte des Völkerrechtes, der feierlichsten Staatsverträge, ist eine Politik, wie die heutige preußische, verwerflich.

Vom Gesichtspuncte des Staates ist sie unklug, gefährlich, gegen das eigene Interesse.

Vom Gesichtspuncte der Revolution aber arbeitet sie für Zwecke, die sie nicht kennt.

Man hat verschiedene Begriffe von der Politik; die Einen betrachten sie als die Kunst, dem Staate die festeste moralische Grundlage zu geben, die Anderen als eine unmoralische

Kunst. Preußens Politik kann weder vor dem einen, noch vor dem andern Begriffe bestehen. Vor der moralischen Politik nicht, weil sie die Verträge nicht achtet. In der andern Art von Politik, die wesentlich nichts anderes als gemeine Rechenkunst ist, gibt es vollends kein anderes Kriterium als den — Erfolg. Der Erfolg ist für die Politik, die blos ihren Vortheil sucht, der allein giltige Endbeweis. Die Moral hat andere Gesetze, sie kann und darf unglücklich sein; die schlechtverstandene Politik endlich kann vor der Vernunft ohne Erfolg nicht bestehen. Man fasse also das Resultat der Politik des Ministeriums Radowitz in's Auge! Anstatt Deutschland zu einigen, hat es Deutschland mehr als je zerrissen. Wieder stehen Deutsche Deutschen gegenüber. Man hat die bisherige Einheit der deutschen Fürsten unter sich und gegenüber dem Volke bis zur Lächerlichkeit anerkannt. Das Ministerium hat selbst diese Einheit, an deren Bruch die Demokraten noch heute nicht glauben, vernichtet. Deutsche Fürsten wollen gegen deutsche Fürsten das Schwert ziehen, wie in den Zeiten Friedrichs des Großen. Aber vielleicht hat diese Politik das Volk in Deutschland für sich gewonnen, vielleicht jubelt es Preußen als Befreier Deutschlands entgegen? Mit nichten. Es ist nicht die Sympathie für die Politik des Ministeriums, was in Preußen selbst das Volk erregt. Oder hat vielleicht dieses Ministerium für Preußen gewaltige Bundesgenossen zu gewinnen gewußt? hat es vielleicht England für sich? Ja, wie die Feuerzange den Schmied für sich hat, der damit die Kohlen aus dem Feuer nimmt. Hat es Frankreich für sich? vielleicht — wenn es im Stande ist, Frankreich eine Bürgschaft dafür zu gewähren, daß Deutschland nie Willens sein werde, Frankreich

anzugreifen. Doch es ist Zeit, hier in eine nähere Kritik alle der preußischen Politik zu Grunde liegenden Ideen einzugehen.

Die unpraktische Idee der deutschen Einheit war unverkennbar die Hauptursache der fehlerhaften Politik, welche Preußen 1848 eingeschlagen. Es ist wahr, überall in der Schöpfung zeigt sich das Gesetz der Classeneintheilung; die Nationalitäten bilden sich in Folge desselben, sie sind eine von der Natur gegebene Abgrenzung des Zusammengehörigen und ein Anker für die Stabilität der Staaten. Allein dieses Gesetz der Classeneintheilung ist großen Modificationen unterworfen; die Nationalitäten haben wie alles wahrhaft Lebendige in der organischen Welt ihre Lebensdauer, sie stellen blos ein individuelles Leben dar, welches dem Leben des Geschlechtes untergeordnet ist. So widernatürliches daher ist, alle National-Unterschiede durch den Willen aufheben zu wollen, so widernatürlich wird es auch sein, Nationalitäten in ihren ursprünglichen Zustand zurückdrängen zu wollen, welche bereits angefangen haben in eine allgemeinere Gesellschaft sich aufzulösen, und die natürlichen Grenzen der Meere, Flüsse und Berge zu überschreiten, um in der Vermischung mit fremden Stämmen Sitten und Eigenthümlichkeiten auszutauschen. Gegen eine solche Erscheinung hilft dann keine Theorie, es hilft dagegen keine Wiederbelebung halberloschener Idiome, der alten Gebräuche und Sitten, welche zwar augenblicklich ein Aufflackern, aber niemals ein neues kräftiges Nationalleben wieder hervorrufen können. Jede Nation lebt je nach dem Grade ihrer Lebensfähigkeit kurz oder lang, aber einer jeden schlägt eine letzte Stunde, die man zwar betrauern darf, die sich aber durch nichts hintanhalten läßt. Eine Nation, welche in Verkennung dieser Wahrheit verblendet genug ist, um

sich in verspäteten Nationalleidenschaften aufzuregen, wird diese Stunde beschleunigen, anstatt sie zu verzögern.

Es ist die höchste Zeit für die Staaten, sich feste, unveränderliche Systeme zu bilden, nach welchen sie bestehen können, und Principien anzunehmen, welche ihre Erhaltung inmitten des Sturmes, der Alles zu vernichten droht, möglich und denkbar machen. Das Princip der Nationalität hat in den Zeiten unserer Alles abflachenden und vermischenden Civilisation aufgehört ein Princip der Erhaltung zu sein; die hochbewegten Wogen der Gegenwart erfordern ein bewegliches Schiff, die Erhaltung kann heutzutage nur in der Bewegung geschehen: darüber müssen sich alle Parteien klar werden, und das Beharren auf der starren Widerstand leistenden Stabilität der Eigenthümlichkeit führt unausweichlich zur Zerstörung seiner selbst und Anderer. In dieser Beziehung gehört also das Princip der Nationalität zu den revolutionären Elementen, sobald es in Ländern geltend gemacht werden will, welche an der allgemeinen mittel- und westeuropäischen Culturbewegung bereits Theil genommen.

Das Nationalitäts-Princip in Deutschland, wie in Polen und Italien, ist ohne Zweifel ein rein revolutionäres, insofern sich der Gedanke an eine national-politische Existenz daran knüpft.

Es ist der Hauptirrthum der preußischen Politik, daß sie in dem Princip der deutschen Nationaleinheit ein wesentlich erhaltendes Element zu finden hoffte, — ja, daß sie sogar, wie es scheint, die Rettung des Vaterlandes davon einzig und allein erwartete.

So stolz und schön der Erguß der Nationalbegeisterung

in Gesängen klingen mag, so wird doch diese Begeisterung bedeutend herabgestimmt, wenn man die prosaischen Folgen des Nationalstolzes in unserer Zeit in Erwägung zieht. Das Rule Britannia mag den Bewohnern der jonischen Inseln, als sie die furchtbare Hand Englands empfanden, eben so mißtönig geklungen haben, als den Deutschen zur Zeit das vive l'Empereur und den Griechen die Trommeln und Pfeifen der türkischen Musik. Ueberall hat die zu große Lebhaftigkeit der Nationalgefühle zu barbarischen Handlungen geführt, und unser Zeitalter, man mag es nun als die Gipfelepoche der christlichen Civilisation oder als das erste Lustrum eines philosophischen Jahrtausends betrachten, ist wohl weniger als irgend eines in der Geschichte geeignet, dem Nationalgeist, der weder vor der Religion noch vor der Philosophie bestehen kann, ein weiteres Feld zu eröffnen. Ueberall zeigt sich denn auch eine entschiedene Hinneigung zu gesellschaftlicher Verschmelzung, welche zwar durch natürliche geographische Abgrenzungen, niemals aber durch Sprachen beschränkbar ist.

Die christliche Religion hat viel dazu beigetragen, die Nationalunterschiede in Europa aufzuheben, sie hat alle Menschen für Brüder erklärt, und es war nicht ihre Schuld, wenn diese nicht gelehrig genug waren, ihre erhabenen Theorien zu befolgen. Die neuere politische Schule hat die Lehre von der Verbrüderung der Nationen auf die Spitze getrieben. Gibt es wohl einen grelleren Gegensatz, als den jener Theorien der Friedensapostel des Frankfurter Congresses zu den unermeßlichen Kriegsrüstungen des Augenblickes? Das wirksamste Ferment zur Annäherung und theilweisen Verschmelzung der europäischen Menschengesellschaft war der Handel, die europäische Literatur,

ja selbst die Kriege, welche die Nationalitäten einander näher brachten und sie im feindlichen und friedlichen Verkehr vermischten. Die Nationen überall haben aufgehört entweder ganz, oder doch zu sein, was sie gewesen waren; es gibt keine sicheren Staatsgrenzen mehr als die geographischen, welche zu allen Zeiten die sichersten gewesen sind.

Es gibt demungeachtet für die sich zersetzenden Nationalitäten noch ein glorreiches und stolzes Leben, wenn anders ihre Bildung dessen fähig geworden, ein Leben geistiger Art, welches sich über Jahrtausende hin fortpflanzt und unvergänglich zu sein scheint. Ein Volk kann sich durch seine Werke noch in den letzten Augenblicken seines Daseins verewigen, es kann, wie Rom, großartig sein in seinem Falle und Monumente hinterlassen, welche die Nachwelt in Erstaunen setzen. Das allerschlimmste und erbärmlichste Loos einer Nation aber ist es, wenn sie sich an eitle, hohle Namen klammert, wenn sie, anstatt nach Macht und Besitz zu streben, nach politischen Phantomen hascht.

In diesem Falle scheint — wenn man von den Phrasen der Zeitungen sich beirren lassen will — Deutschland sich zu befinden. Ein solches Volk aber wird niemals dadurch sein Leben verlängern, daß es seine Ideen übertreibt; es wird durch das rastlose Jagen nach einer nie erreichbaren idealen Größe die letzten noch möglichen Stützen seines Daseins verlieren und dereinst, in sich zerrissen und zerfallen, nachdem es lange den Nachbarn zum Spotte gedient, endlich einer sich neu gestaltenden fremden Ordnung sich fügen müssen.

Man bedenke nur und man bewundere es als das glorreichste Product der Staatskunst, wie 50,000 Stamm-Engländer in

Ostindien ein Reich von mehr als 100 Millionen erobert und organisirt haben, welches sie mit einer noch nie früher gesehenen Klugheit regieren. England hat da gelernt, wie man fremde Völker zuerst schwächen und dann sich zinsbar machen kann.

Warnung und Beispiel liegen überall in der Geschichte vor.

Es gibt für Deutschland noch einen Augenblick, um sich rechtzeitig zu besinnen; verstreicht er ungenützt, so dürfte ein gleich günstiger ihm nicht leicht wieder geboten werden. Ohne ein Prophet zu sein, kann man doch vorhersagen, daß ein Volk, welches nicht mehr zu leben weiß, von einem anderen doch endlich wird sterben lernen müssen. Diese Bemerkungen sollen dazu dienen, zu zeigen, wie falsch eine Politik war, welche auf die deutsche Einheit speculirte.

Ein Blick auf die Geschichte Deutschlands in den letzten Befreiungskriegen und auf ihre Resultate zeigt am deutlichsten, mit welch' unpraktischem und unaufrichtigem Geiste man die Idee der deutschen Einheit verfolgte, und in welchen Widerspruch schon damals das Verhältniß der geographischen Lage mit jenem der Nationaleintheilung getreten war. Denn so gewaltig die menschlichen Leidenschaften auch in solchen Zeiten auftreten, können sie sich doch den Wirkungen der Naturgesetze niemals entziehen. Mit Unrecht würde man daher alles auf die Leidenschaften schieben; die Eigensucht der Menschen ist niemals selbstständig, und die einseitigen Anklagen der einen oder anderen Partei, durch diesen Fehler der Nationen Alles allein verschuldet zu haben, sind jedenfalls ungerecht. Das Leben der neu-europäischen Menschheit hat sich so gestaltet, daß es Deutschland durch die Gewalt auseinander gehender Interessen nothwendig zerreißen

mußte. Alle deutschen Fürsten haben dazu beigetragen, Deutschland zu entzweien; aber wenn das deutsche Volk dieß zum schweren Vorwurfe für seine Fürsten macht, so möge es nicht vergessen, daß Niemand stärker an dieser Entzweiung gearbeitet hat, als eben das Volk selbst, — die Handel- und Gewerbtreibenden, die, seit Jahrhunderten mit fremden Stämmen in Berührung und Verkehr, die eigenen Stämme und Interessen mit ihnen vermischten. So geschah es in allen österreichisch-deutschen Ländern, in Böhmen, Steiermark, Tirol, im Erzherzogthume Oesterreich, so in Bayern, in Würtemberg, in ganz Süddeutschland, während der Norden Deutschlands kraft der bindenden Gewalt der Interessen sich immer mehr von Süddeutschland trennte und isolirte. Diese eigenthümliche Zersetzung der deutschen Nationalelemente wurde von Friedrich dem Großen zuerst beobachtet und mit Leichtigkeit benützt. Das deutsche Kaiserreich mit seiner österreichischen und bayerischen Basis konnte sich wegen der divergirenden Verkehrsinteressen nicht behaupten; es war leicht, die Bayern von den Oesterreichern zu trennen, es war noch leichter, die Norddeutschen den Süddeutschen zu entfremden. Das Glück seiner Unternehmungen beruhte hauptsächlich auf der schon von der Natur vollbrachten Abscheidung der österreichisch-deutschen Stämme. Schon in den Zeiten des dreißigjährigen Krieges hatte diese natürliche Absonderung stattgefunden; in diesen blutigen Zeiten, ja in noch viel früheren Jahrhunderten ist der Ursprung der deutschen Uneinigkeit, und zwar lediglich in den Gesetzen der Lage und in Nachbarschaftsverhältnissen zu suchen, welche die Vereinigung von Stämmen verschiedenen Ursprungs begünstigten. Das Glück der Eroberer besteht meistens darin, daß sie die na-

türlichen Verhältnisse der Lage und des Verkehres richtig zu beurtheilen verstehen. Friedrich der Große kam trotz seines Genies nicht über die natürlichen Grenzen seiner Macht hinaus, aber er erreichte sie. Den gewaltigsten Stoß versetzte der Krieg mit Frankreich der deutschen Nationaleinheit. Es geschah durch Vermittlung des Ehrgeizes der deutschen Fürsten, daß er die deutschen Interessen noch mehr, und bis zur selbstverderblichen Zersplitterung aus einander riß. Es geschah kraft desselben Naturgesetzes der geographischen Staatsbegrenzungen, daß sich gegen Frankreichs Uebergriffe eine furchtbare Coalition aller nordöstlichen Nachbarvölker bildete, der es unterlag. Aber auf dem Congresse zu Wien wurde dieses Gesetz bei Bildung der Neustaaten Mitteleuropa's zu wenig beachtet, und dieß ist ganz richtig als die Quelle der heutigen Verwirrungen erkannt worden.

Die Natur einer Conföderation ist defensiv; sie muß sich in allen Fällen neutral verhalten, wo sie nicht angegriffen wird. Die erste Bedingung einer Conföderation, welche stark sein will, ist das Gleichgewicht der Kräfte, aus welchen sie bestehen soll. Sobald dieses Gleichgewicht nicht in materieller Beziehung vorhanden ist, muß es als eine conventionelle Basis angenommen werden, — freilich ist diese Basis dann schwach. Durch den conventionellen Umstand, daß auf dem deutschen Bundestage eine Stimme so viel galt wie die andere, ist es geschehen, daß Oesterreich und Preußen auf ihr natürliches Uebergewicht verzichteten. Darin lag schon ein Verhältniß gegen das Naturgesetz. Diese Verzichtleistung machte die Schwächeren nur hochmüthig, ohne sie darum mächtiger zu machen. So ging also jener bedeutende Theil von Macht, dessen sich

Preußen und Oesterreich freiwillig begaben, für Deutschland verloren. Die beiden Staaten konnten den Ersatz für diesen Entgang an Macht nur in ihrer Stellung als europäische Mächte finden. Dieß aber verlieh ihnen jenen Doppel-Charakter, der sie noch mehr schwächte, denn sie konnten sich einerseits nicht frei machen von dem schwerfälligen Bewegungsprincip eines Föderativstaates und anderseits niemals in der entschiedenen und freien Weise einer Großmacht auftreten. Preußen war es, welches von dieser naturwidrigen Stellung am meisten zu leiden hatte. Es empfand alles Ungemach dieser Stellung, um so mehr, als es geographisch sehr schlecht gestaltet worden, und sich nicht einmal der Freiheit seiner militärischen und commerciellen Verbindungswege erfreut. In dem Gefühle seiner Schwäche und Beengung fand es die Haupttriebkraft für seinen Eifer, dem Bunde ein thätigeres Leben zu verleihen. Die Bewegung, welche Frankreich und England den mitteleuropäischen Staaten mittheilten, gab Preußen ein schickliches Mittel, selbst auf den Bund aufregend einzuwirken. So wurde eine Politik geschaffen, welche mit fremdem Winde segelte und ein Fahrwasser einschlug, das mit dem seiner Bundesgenossen nichts gemein hatte. Die Idee der deutschen Einheit war dieses Fahrwasser der preußischen Politik. Sie hatte im Volke viele Anhänger. Besonders war es das sogenannte Reich der Intelligenz, welches das Ideal der deutschen Einheit begünstigte. Preußen associirte sich daher mit ihm. Berlin wurde für die Hauptstadt der Intelligenz erklärt, und auf den preußischen Universitäten wurden sogar Ritter und Barone der Intelligenz geschlagen, welche als Professoren und Literaten Preußen's angestrebte Suprematie in Deutschland verfochten. Während man diesen Staat fast im ausschließenden Besitze aller höheren in-

tellectuellen Bildung erklärte, bezeichnete man Wien als die Residenz des rückwärts strebenden Geistes. So wurde das Band, welches den Bund zusammenhielt, moralisch gelockert, es bedurfte nur einer Gelegenheit, um es völlig zu zerreißen. Bei solcher Gesinnung konnte diese nicht lange ausbleiben. Wir werden bald sehen, auf welche falsche Wege und in welche Widersprüche Preußen dadurch gerieth.

Die deutsche Einheit war die Oriflamme des neuen Deutschlands. Die Deutschen zählten sich, sie fanden ihre Zahl groß, und schlossen daraus, daß sie auch mächtig seien. Die politischen Neulinge machten mit diesem Rechenexempel in den Zeitungen gewaltigen Lärm, und überließen sich ihrerseits jener vielleicht verzeihlichen Selbsttäuschung, welche sie an den Panslavisten so lächerlich fanden. Aber auch die preußischen Staatsmänner schienen sich derselben zum Theil hingegeben zu haben. Es herrschte daher in Deutschland nur Eine Stimme, welche für das Vaterland jenen Platz forderte, der einem so großen Volke zukomme, welches eben so reich an Geist als fortgeschritten in allen Künsten des Friedens war, und dessen Geschichte so glorreiche Erinnerungen an seinen Heldenmuth darbot, — der freilich sich am glänzendsten bewährt hatte in den Kriegen, die es gegen sich selbst geführt!

Die Zerstückelung Deutschlands in so viele souveräne Staaten wurde mit Recht als die Ursache seiner politischen Schwäche angesehen. Die Männer, welche damals die Bewegung hervorgerufen hatten, wollten daher alle deutschen Fürsten stürzen, und die damals so laut verlangte Republik ward von denselben als eine Kriegsmaschine betrachtet, welche die Trümmer des deutschen Bundes beseitigen sollte, um auf dem

gewonnenen leeren Raum das Reich zu begründen. Man versuchte Deutschland in der Art zu machen, wie man ein Buch macht. Man setzte sich auf den Wollsack, entwarf den Plan, den Index, man schaffte alle Gesetzbücher der Welt herbei, um eines jener Machwerke der Compilation zu erzeugen, in welchem gewöhnlich sehr viel Methode, Plan und Systematik, aber selten auch nur Ein schöpferischer Gedanke zu finden ist.

Einige preußische Staatsmänner vereinigten sich ihrerseits mit diesen Ansichten so innig, daß sie in der Idee der deutschen Einheit das schicklichste Mittel erblickten, Preußen groß zu machen. Die mißverstandene deutsche Einheit fand nirgends mehr und eifrigere Apostel, als in Berlin. In welche Widersprüche ward man dadurch verwickelt! Man wollte in Berlin von der Revolution profitiren, mit ihrer Hilfe Deutschland construiren, durch Revolution sich von der lästigen Vormundschaft Oesterreichs und der kleinen Fürsten befreien (wir sprechen von den Projecten der Studierstuben), — man wollte also die Revolution, aber ohne selbst revolutionär zu sein. Die eifrigsten Apostel der Einheit waren kaiserlich deutsch gesinnt. Viele wollten freisinnige Institutionen, eigentliche Demokratie, religiöse Freiheit — in der Mehrzahl jedoch herrschte der finstere Dämon der burschenschaftlichen despotischen Jugend, — derselbe Geist, den Preußen selbst sonst bekämpfte.

Man glaubte an eine fabelhafte Gewalt der deutschen Einheitsidee, weil alle Zeitungen und Bücher ihrer voll waren, und die deutsche Tricolore von Danzig bis Triest überall lustig emporflatterte. Man vergaß, daß diese Bücher nur von einigen wenigen politischen Docenten herrührten, daß diese Zeitungen

nur von einigen anderen edirt wurden, und daß diese Tricolore überall nur als ein Symbol der Freiheit, aber nicht der Einheit, jubelnd begrüßt wurde. Das deutsche Volk war zerrissener als je. Es kannte wohl seine Knechtschaft, aber es verkannte seinen wahren Zwingherrn! — es kehrte seinen Unmuth gegen seine Regierungen. Es stimmte wohl mit ein, als man ihm von der deutschen Einheit sprach, — aber — wer je die Proletarier von Berlin, Hamburg, München, Wien, Dresden in jenen Zeiten gesehen und ihre Wünsche vernommen oder ihre Hoffnungen belauscht hat, würde wohl zu behaupten wagen, daß dieses freiheitsdürstige Volk die Freiheit anders verstand, denn als Befreiung vom Lebensdruck, und die deutsche Einheit anders, als ein buntes Kleid oder eine gleißende Fahne, die man wohl, geschenkt, in den Kauf nehmen könne! Und vor dieses Volk, in dessen Mehrzahl der Nationalgeist tief gesunken war, das Frankreich entgegenjubelte und eine polnische Cocarde größtentheils höher schätzte, als alle Kleinodien des heiligen römischen Reiches, das sich meist blos wild jakobinisch und communistisch geberdete, trat Preußen mit der Verheißung hin, es werde sich an die Spitze der Bewegung stellen! Eine Fluth von Verhöhnungen, von Carricaturen und grobkörnigen Witzen war Deutschlands Antwort darauf — Preußen aber blieb auf seinen Wegen!

Anstatt sich eines Anderen belehren zu lassen, verwunderten sich preußische Staatsmänner darüber, daß man kein Zutrauen in die Versicherungen des Königs setzte. Anstatt zu begreifen, daß man es mit Parteien zu thun hatte, welche weder von einem König noch von einem Kaiser, ja kaum mehr von einem Staate etwas wissen wollten, glaubten diese Herren, das

Volk brenne nur vor Verlangen, die deutsche Einheit zu erleben, und werde über alles Andere leicht mit sich unterhandeln lassen, wenn man nur hierin Genüge leiste!

Man kann nicht dasselbe wollen und nicht wollen. Wollte Preußen wirklich die Einheit der deutschen Stämme realisiren, wie konnte es die Oesterreicher ausschließen, um nicht von den Kurländern, Liefländern und Elsässern zu sprechen? Wollte es diese Einheit nicht, wie konnte es berechtigt sein, im Namen derselben den Messias von Deutschland zu spielen? Wollte es die deutsche Einheit mit Gewalt durchführen, warum hat es immer von freier Vereinbarung gesprochen? Wollte es die freie Vereinbarung, warum drohte es denen mit Gewalt, die nichts davon wissen wollten, sich mit Preußen zu vereinbaren?

Alles was man in Preußen wollte, war voll Widerspruch. Man wollte die Vergrößerung Preußens ohne Usurpation, man wollte die Einheit des Reiches ohne die Fürsten von ihren Thronen zu stürzen, mit einem Worte, man wollte das Unmögliche. Die preußischen Staatsmänner, welche dieses System erfunden haben, sind bekannt.

Ohne Zweifel war es längst an der Zeit, dem deutschen Bunde eine angemessenere und ehrenvollere Stellung in Europa zu verschaffen Allein Preußen hat die schicklichsten Gelegenheiten dazu vorbeigehen lassen. Als die deutsche Rheinschifffahrt in Folge eines der gesunden Vernunft hohnsprechenden Wortspieles gehindert und uns der Schimpf angethan wurde, daß man einen Vertrag brach unter dem Vorwande, der Ausdruck: jusqu' à la mer sei nicht so zu verstehen, als reiche unser Schifffahrtsrecht jusque dans la mer, da erhob sich in Deutschland auch nicht Eine Stimme gegen diesen frevelhaften Witz

Hollands. Die beiden überwiegenden deutschen Mächte versäumten diese kostbare Gelegenheit, die deutschen National-Interessen zu wahren und dem deutschen Volke Vertrauen einzuflößen in die politische Form, die ihm die Ereignisse gegeben hatten. Nicht der Bund war es, der Deutschland so verhaßt war, sondern der Umstand, daß dieser Bund in den heiligsten und wichtigsten Angelegenheiten des Vaterlandes kein Lebenszeichen von sich gab. Da der Bund das Interesse der Gesammtheit vernachlässigte, so suchte jeder Theil seine besonderen Interessen durch seine besonderen Staatsverfassungen wahrzunehmen, und Preußen selbst versetzte dem Ansehen des Bundestags in Frankfurt den tödtlichsten Streich durch Zusammenberufung des vereinigten Landtags in Berlin 1847. Jede deutsche Regierung suchte nur für sich allein Popularität, und Preußen that es hierin Allen zuvor. Die Idee der neuen deutschen Einheit erstand überall mit neuer Kraft. Aber kein Staat ist im Stande sich zu etwas Anderem zu machen, als was die Zeit aus ihm macht. Vergebens überzeugen sich diejenigen, welche ihn regieren, daß er nicht den Einfluß hat, der ihm zukommt; vergebens klagt die öffentliche Meinung, daß sowohl die Interessen als die Ehre tief verletzt sind; vergebens ergründen die Geschichtschreiber die Ursachen dieser allseitig unbefriedigenden Lage; vergebens zeigen sie, daß Alles anders sein könnte; alle Classen des Volkes, Fürsten, Minister, Gelehrte, Kaufleute, Fabrikanten können in einem und demselben Gefühle übereinstimmen, eine und dieselbe Ueberzeugung haben, Alle können fühlen, daß eine Veränderung der Situation nothwendig sei; die Gemüther können durch den Wunsch einer Veränderung sich so weit fortreißen lassen, diese Veränderung auf der Stelle und auf alle

Weise herbeiführen zu wollen; sie können Alle sagen: ich will, wir wollen; sie können sich ihrer Macht, ihres Reichthums, ihrer kriegerischen Sitten, ihrer glorreichen Geschichte erinnern; sie können stolz ausrufen: Wir haben große Flüsse, die in das Meer reichen, wir haben also Anspruch auf den Welthandel, wir haben Küsten, Matrosen, Schiffe, wir haben alle Bedingungen der Macht und des Reichthums, warum sollen wir nicht frei und mächtig sein können? Alles dieß wird vergebens sein, sobald die Geschichte eines solchen Staates einen Verlauf genommen, der alle diese Schätze von Macht, Reichthum und kriegerischer Kraft zersplittert und entwerthet hat. Deutschland kann seine Geschichte nicht abstreifen; sein Staatsleben ist Gesetzen unterworfen, die theils aus seinen geographischen Verhältnissen hervorgehen, theils in seinem geschichtlichen Ursprunge zu finden sind.

Die deutsche Geschichte liefert die Erklärung der Ursachen, warum Deutschland nicht jenes Ideal von Einheit erreichen konnte, welches so viele Gemüther vergebens begeistert. Preußen hätte sich dieser Geschichte besser erinnern sollen und der Rolle, die es selbst darin gespielt. Deutschland war ein Wahlreich, aber das Princip der Wahl ruhte nur in den Händen der Fürsten, welche, gestärkt noch durch das Princip der Erblichkeit, in dieser Vereinigung Mittel fanden, alle socialen Institutionen des Landes zu ihrem eigenen Vortheile zu leiten und zu beherrschen.

Alle deutschen Fürsten vergrößerten sich immer auf Kosten der Macht des Reiches, Preußen ging hierin am weitesten. Fremder Einfluß, mit den Interessen der einzelnen Fürsten und Stämme verbündet, zerriß immer mehr die deutsche Einheit. Wie konnte Preußen hoffen, durch seine Macht allein einen sol-

chen Verlauf zu hemmen, der zum großen Theile sein eigenes Werk war?

Es würde uns hier zu weit führen, nachzuweisen, wie die deutsche Uneinigkeit einen derartigen Verlauf genommen, daß es nun eine Unmöglichkeit geworden, die Einheit in der geträumten Vollkommenheit wieder herzustellen. Wir haben es lediglich mit der Gegenwart, mit den gegebenen Verhältnissen zu thun. Deutschland hat nun keine andere Wahl mehr, als die zwischen seiner Föderativ-Existenz auf historischer Basis, mit aller Kraft, welche diese Basis verleiht, und zwischen der Revolution. Preußen war anderer Meinung, es hoffte durch gesetzliche Mittel und freie Verständigung einen Mittelweg einzuschlagen, welchen zu finden die Politik des Herrn von Radowitz sich zur Aufgabe gestellt.

Preußen hat in den Angelegenheiten von Schleswig-Holstein eine Hauptrolle übernommen. Dieß erregte in Europa die allgemeine Aufmerksamkeit. Es ist daher nöthig, diesen Gegenstand näher in Betracht zu ziehen.

Dahlmann sagt in seiner Geschichte von Dänemark 3. Band: „Holstein war von jeher theilbar gewesen; mit Schleswig war das Gegentheil der Fall, und obgleich von einer Theilung, die besonders der Belehnung von 1386 widerstritt, öfter unter den Schaumburgern die Rede gewesen, so kam es doch nie dazu. Da aber der Lehnsherr jetzt einwilligte, so ließ sich von dieser Seite nichts dagegen einwenden. Um so mehr ist es den Landständen beider Herzogthümer zu verargen, daß sie den volksfreundlichen Grundsatz der Untheilbarkeit, welchen vor 30 Jahren das Hauptprivilegium feststellte und in Holstein zuerst einführte, diesen einzigen Fortschritt unter so

vielen Rückschritten aufopferten, und Alles wieder dem Zufalle anheimstellten, wie viele Prinzen der Himmel bescheren möge. Gerade wie bei Christiern's Erhebung schenkten sie das Wesen ihrer Zustände weg und glaubten es hinterher durch allerlei Formen zurückkaufen zu können. Darum ward die Theilung so eingerichtet, daß die Unzertrenntheit beider Lande, welche in dem Hauptprivilegium vorgesehen ist, so wenig als möglich Schaden dabei nähme. Das will sagen: nicht blos der Landtag blieb in der Art, wie es noch heute in beiden mecklenburgischen Herzogthümern der Fall ist, gemeinschaftlich und zwar so, daß jetzt schon schleswig-holsteinische Landtage, auf welchen in niedersächsischer Sprache verhandelt ward, ganz gewöhnlich waren; sondern man theilte auch dergestalt, daß die Gebiete, Länder und Städte in beiden Herzogthümern, ohne Rücksicht auf den stätigen Zusammenhang der Landstriche, bloß nach Maßgabe der Nutzbarkeit und des Ertrags dem einen oder dem andern Theile zugewiesen wurden. Nichts also von geschlossenen Territorien. Man wollte durchaus Eins bleiben, während man doch zwei geworden war, und seine Lebensrechnung auch auf mögliche Entzweiung der Landesherrn hätte stellen sollen."

Diese Worte über die Verhältnisse Schleswig-Holsteins zu der Krone Dänemark, wie sie vor vier Jahrhunderten bestanden, passen noch genau auf den Streit des heutigen Tages. Bis zum Ueberdruß hat man darüber unterhandelt, pragmatisch und diplomatisch, ohne die gewünschte Lösung zu finden, weil zwei getrennte Existenzen heute wie damals Eins bleiben wollen, auch auf den Fall der möglichen Entzweiung der Landesherren, der nun nahe bevorsteht.

Lassen wir aber diese Frage, die, auf sich selbst zurückgeführt, sich um Nichts geändert hat, bei Seite, und ziehen wir in Betracht, ob nicht die so wesentlich veränderte politische Stellung Dänemarks auch alle Beziehungen dieses Staates zu Deutschland verändert habe?

Einer der Irrthümer der Gegenwart, die Staatspolitik an den Begriff der Nationalität festzuknüpfen, hat in dem schleswig-holsteinischen Streite das Deutschthum dem Dänenthum entgegengestellt. Alle deutschen Volksredner haben auf allen Wegen durch Schrift und Wort das deutsche Volk zu einem Kreuzzuge gegen die jederzeit feindlich gesinnten Dänen aufgerufen.

Mit Rücksicht auf diejenigen, welche das Recht wenig achten, oder es nicht richtig auffassen, möge die Rechtsfrage hier unberührt bleiben, jene Rechtsfrage nämlich, ob das deutsche Volk als solches, und eine deutsche Macht, sie sei welche sie wolle, das Recht haben konnten, mit den Waffen in der Hand gegen einen deutschen Bundesgenossen, wie der König von Dänemark es war, zu interveniren.

Schleswig gehört nicht zum deutschen Bunde. Diese politische Trennung der beiden Herzogthümer bezeichnete für Deutschland die Grenze seines Rechtes.

Abgesehen von allen früheren so schwankenden Beziehungen dieser Länder zu Dänemark, bildet diese Trennung das neue Recht, in welchem allein die Schlichtung des Streites gefunden werden könnte; eines Streites, der um so verworrener geworden ist, als in ihm ein mittelalterliches adeliges Vorurtheil sich mit allen modernen demokratischen Ideen von Nationalsouveränität verbünden will. Die höher gelegene inter-

nationale Frage, aus welcher jene der Politik Deutschlands sich ergeben sollte, blieb bis jetzt unberücksichtigt.

Die Staatskunst auf die Politik angewendet, soll die Rechte wahren, wenn sie Vortheile bringen; ein kluger Staat wird gewiß nie streiten, um ein Recht zu behaupten, welches aufgehört, ihm von Nutzen zu sein; unbedenklich würde er es fahren lassen; es wäre des Streites nicht werth.

Das deutsche Volk und die es vertretenden Organe haben sich zunächst die Frage zu stellen: Was ist heute Dänemark? Einst das mächtigste Raubvolk zur See, machte es alle nordischen Völker, die Niederlande, Frankreich, vor seinen Einfällen zittern, es eroberte England, und ein dänischer Stamm gab ihm den Namen. Als es sich später zum Staate gesittete, wurde es Gründer und Haupt des scandinavischen Reiches. Die Vereinigung der drei Kronen dauerte nicht lange; der schwedische Adelstolz wollte das Uebergewicht der Dänen nicht ertragen; die Union von Calmar wurde gewaltsam zerrissen. Dänemark blieb aber noch mächtig in der Ostsee; es hatte Danzig, Stralsund gebaut, und besaß noch viele andere Puncte auf dem festen Lande. Es hatte sich mittlerweile auch die Hansa als Handels- und Schifffahrts-Gesellschaft gebildet, und politische Consistenz gewonnen. Eifersucht von der einen und Anmaßung von der anderen Seite führten gar bald zum harten Kampfe zwischen der Hansa und Dänemark, in welchem das letztere nicht im Vortheile blieb.

Die neue Richtung, welche der Welthandel genommen hatte, die rasche großartige Entwicklung der holländischen und der englischen Handels- und Kriegsseemacht richtete zwar bald die Hansa zu Grunde; aber auch die vorige politische Größe Dänemarks schwand dabei auf immer dahin.

Die spätere Eroberung Finnlands durch Rußland, das Entstehen einer russischen Kriegsmarine im baltischen Meere, die Erniedrigung Schwedens zu einem Staate kaum des zweiten Ranges, steigerten den bestehenden Verfall Dänemarks beinahe bis zur gänzlichen Auflösung. Die Einäscherung Kopenhagens, die Entführung der ganzen dänischen Flotte und die Wegnahme Norwegens gegen eine kleine Geldabfindung besiegelten das Ende eines ehedem mächtigen Volkes.

Lächerlich wäre die rührige Gehässigkeit des großen deutschen Volkes gegen die machtlosen Ueberreste eines alten germanischen Stammes, wenn sie nicht das Zeichen der unverzeihlichsten politischen Kurzsichtigkeit wäre. Sie ist um so bedauerlicher, weil sie grausam ist. Es gibt keinen Winkel der Erde, wo nahe beisammen wohnende Stämme sich unter einander so hartnäckig bekriegt hätten, als alle die Bewohner der cimmerischen Halbinsel und die Dänen Bewohner der Inseln mit ihren Nachbarn, den Friesen, Schleswigern, Ditmarschen, Kielern, Lübeckern, Hamburgern, Holsteinern; sie haben sich Jahrhunderte lang jämmerlich aneinander verblutet. Man begreift, wie das heiße Blut den Südländer leidenschaftlich und blind zum Kampfe treibt, ohne viel und lang über dessen Veranlassung zu denken; ein unüberlegtes Wort, eine gewaltthätige Handlung waren oft Ursache langer und grausamer Fehde. Das Temperament des Nordländers ist aber kühler; er handelt nicht so rasch; nur ein bis zum Unverstand verhärteter Trotz vermochte so langwierige, blutige Kriege zu verursachen. Nach langer Ruhe flackert nun ein solches Feuer wieder auf; die Deutschen schüren es von allen Seiten; sie werfen nur so viel Reisig darauf, als nöthig ist, um es brennend zu unterhalten, nicht

genug zu einer siegreichen Entscheidung. Diese Entscheidung würde Dänemark die beiden Herzogthümer entreißen. So bedeutend verkleinert und vom Festlande beinahe ganz getrennt, würde bei nächster Gelegenheit die Inselgruppe Dänemarks eine Beute von Rußland oder England, oder als leichter Spielball zwischen beiden hin- und hergeworfen werden. Dieß wissen diese Mächte sehr wohl, deßhalb haben Beide jede Gelegenheit gesucht und benützt, um diesen Staat bis zu dem Grade zu schwächen, wohin es mit ihm gekommen ist. Am Sund wollten sie keine Macht, blos einen wehrlosen Pförtner, dem man willig bei der Ein- und Ausfahrt Thorgeld bezahlt.

Welche andere politische Existenz kann Dänemark bei einer solchen Sachlage noch haben, als indem es sich als treuer Verbündeter an Deutschland fest anklammert? Die beiden Herzogthümer sind Ringe am Gestade, an welchen die dänischen Inseln bei den Stürmen, die sie bedrohen, sich mit Sicherheit anhängen könnten. Warum will sie das deutsche Volk zurückstoßen?

Wenn man Eroberer sein will, ist man dabei selten gewissenhaft; Beides läßt sich schwer vereinigen; man sucht nur Vortheile; entweder Vergrößerung der Macht überhaupt, oder Einnahme einer gebietenden Stellung, wichtig in militärischer oder Handelsbeziehung. Bedarf Deutschland einer Territorial-Vergrößerung, wenn sie ihm keine anderen Vortheile bringt, als nur jene des Besitzes? Gewiß nicht; denn die Größe und die Ausdehnung seiner Gebiete sind mit ein Grund seiner Uneinigkeit. Was Deutschland Noth thut, ist, aufzuhören Binnenland zu bleiben und eine Weltmacht zu werden; hiezu gehört Land- und Seemacht.

Wäre für diesen Zweck durch die Einverleibung von Schleswig und Holstein für Deutschland etwas gewonnen? Man befrage darüber die Geschichte. Dänemark und die Hansa sind beide zu Grunde gegangen, weil sie nicht Eins waren. Der Besitz der beiden Herzogthümer würde keine Seemacht bilden. Nur in der Vereinigung des ganzen dänischen Staates mit Deutschland würden Stoff, Mittel und Wege hiezu gefunden werden. Die Zeit der Eroberungen ist aber vorüber; sie hat jener vernünftigeren der Bündnisse Platz gemacht. — Dänemark ohne Deutschland ist nicht mehr lebensfähig; Deutschland ohne Dänemark kann niemals zu jener Entwicklung kommen, deren es bedarf. In diesem gegenseitigen Verhältnisse liegt die Grundbedingung zu der innigsten, vortheilhaftesten politischen Allianz.

In den Anfängen des deutschen Reiches beunruhigten die Dänen die deutschen Gebiete nach verschiedenen Richtungen. Ein Zug derselben drang über das Friesenland, durch Holland, bis gegen Aachen; obgleich sie mit bedeutendem Verluste zurückgeschlagen wurden, entschloß sich doch Carl der Große, sie wegen dieser Dreistigkeit zuzüchtigen und mit Einem Schlage mit ihnen fertig zu werden. Er stellte sich an die Spitze einer Armee und zog durch Niedersachsen gegen sie; er trennte sie von verschiedenen slavischen Stämmen, mit welchen sie sich zur Verheerung Deutschlands verbündet hatten, und schlug sie bis über die Eider. An diesem Fluß steckte er die Grenze seines Reiches und schloß mit dem Dänen-Könige Frieden. Die Eidergrenze ist die einzige, welche von seinem großen Reiche dieselbe geblieben ist; sie wurde bei dem Wiener Congresse noch als solche bezeichnet. Wären in jenen Zeiten die nordischen

Völker nicht in die Dunkelheit des gröbsten Heidenthums und in gänzliche Verwilderung versunken gewesen, hätten Schifffahrt und Handel bei ihnen schon geblüht, würde Carl der Große ganz gewiß nicht an der Eider stehen geblieben sein; ein Blick in die Zukunft und die ihm eigenthümliche Kraft hätten ihn bis an den Sund geführt. Da man mit dem Schwerte des großen Kaisers, welches keine Hand gegenwärtig zu führen vermöchte, nicht bis dahin vorschreiten kann, soll man dieß auf den Wegen der Neuzeit zu erreichen versuchen. Dieser Zweck drängt sich als eine desto größere Nothwendigkeit auf, als der Abfall der vereinten Niederlande und ihre Losreißung von Deutschland ihm dort alle Wege zur See gesperrt hat.

Das feindselige Element zwischen Deutschthum und Dänenthum ist ein Hinderniß zu diesem Zwecke. Die Politik, weit entfernt, einen Grund zu dieser Feindseligkeit zu liefern, würde vielmehr zur Annäherung rathen; wenn sie es nicht thut, so kommt es blos aus irrigen Ansichten oder aus einem blinden Volksgefühl. Wir glauben an das Letztere.

Die Neigung für den Particularismus — jene charakteristische Eigenheit der deutschen Volksgesinnung — hat sich in ihrer ursprünglichen Stärke erhalten; wie die Deutschen unter sich getrennt bleiben, wollen sie auch sich ganz von den anderen Völkern absondern; sie bedenken nicht, daß Macht, Größe und Reichthum eines Volkes von der Vervielfältigung seiner Beziehungen und seines Verkehrs mit anderen Völkern unzertrennlich sind. Kein Volk kann in sich selbst und in seiner Isolirung die Basis seiner Größe finden. Zur Größe Roms lieferte die Welt die Bausteine; England geht nicht wie Rom auf dem einzigen Wege der gewaltsamen

Eroberung; durch den mannigfaltigsten Welt- und Völkerverkehr bildet es seine Macht, sammelt es seinen Reichthum. Nie wird einem Engländer die Idee beikommen, dem englischen Monarchen zu untersagen, über ein fremdes Volk zu herrschen; das National-Selbstgefühl ist zu keiner Zeit und von keinem Volke bis zu diesem Grade stolzer Absonderungssucht gesteigert worden.

Um wieder auf Dänemark zurückzukommen, sind denn die Dänen als Raçe den Deutschen fremd? sind sie nicht germanischen Ursprungs? ist ihre Sprache nicht eine Mundart der deutschen und bildet die niedersächsische, das heute so genannte Plattdeutsche, nicht den Uebergang beider Idiome? Ist die geistige Bildung der Dänen nicht eine deutsche? Ist Oehlenschläger nicht ein deutscher Dichter? Andersen nicht deutscher Erzähler? Oersted nicht ein deutscher Gelehrter? Lebt denn nicht in allen ihren Dichtern das Gefühl deutscher Dichtung? liegt in ihren Novellen und Erzählungen nicht deutsche Anmuth? spricht aus allen ihren Gelehrten nicht deutsche Wissenschaft? Warum sie also zurückstoßen? warum sie hassen? Soll das grobe Gefühl gemeiner Matrosen an der Ostsee oder in den Gewässern der Belte Gesetz werden zur Regelung der völkerrechtlichen Verhältnisse? Soll eine für Deutschland so wichtige Angelegenheit der unsinnigen Gehässigkeit einer blinden Tagespresse zum Opfer gebracht werden? Es ermanne sich das deutsche Volk; es beherrsche sich selbst und läutere ein zwar an und für sich edles, aber von der aufgeklärten Denkweise nicht gebilligtes Gefühl; es erkenne in dem Verhaßten einen lange getrennten Stammesgenossen, den harte Geschicke ihm als Freund wieder in die Arme führen. Es beschließe

das deutsche Volk mit allgemeiner Zustimmung einen Grundvertrag mit Dänemark, welcher fester und in seinen Folgen gewichtiger sein wird, als alle jene, die von diplomatischer Gewandtheit unterhandelt werden könnten. Alle Künste fremder Schelsucht würden scheitern an der Aufrichtigkeit einer gegenseitigen Zuneigung. Unter der verbündeten dänisch-deutschen Flagge würde ein Seewesen entstehen, das im Stande wäre, alle gemeinschaftlichen Interessen zu beschützen. Die besten Matrosen, die es gibt, jene der alten Hansa und des alten dänischen Volkes, würden sich vereinigen und, wie auf den Wink eines Zauber-Dreizackes, würde man aus allen Buchten und Rheden wohl bemannte Kriegs- und Handelsschiffe auslaufen sehen. (Wie kleinlich unfruchtbar erscheinen dagegen die Aufrufe an die deutschen Frauen und Mädchen, ihr Geschmeide zur Erbauung einer deutschen Flotte dem Vaterlande zu opfern!)

Die österreichische Regierung hat die Wichtigkeit des dänischen Staates für Deutschland zu keiner Zeit verkannt; sie hat darum von jeher in einem rein deutschen Interesse die innigsten Verhältnisse mit dem dänischen Hofe zu unterhalten gesucht. Die Entfernung des österreichischen Staates gibt dafür Bürgschaft, daß Oesterreich dabei das Wohl Deutschlands in den Vordergrund stellte. In dieser Ansicht sind die Gründe des Verhaltens zu suchen, welches das österreichische Cabinet in dem holstein-schleswig'schen Streite befolgt hat. Eine tiefer gehende Anschauung der politischen Lage Dänemarks vereinigte sich mit der Frage des Rechtes, um Oesterreich zu bestimmen, sich in London den Mächten anzuschließen, welche die Integrität des dänischen Staates erhalten wollen.

Warum hat sich Preußen von dieser Politik entfernt?

Die Beantwortung dieser Frage liegt nahe. Preußen ist jetzt nicht in der Lage, einer höheren allgemeinen Politik zu folgen, es hat sich isolirt. Preußen liegt selbst in den Geburtswehen eines neuen Staates. Anstatt die natürliche Vollendung dieser neuen Bildung von der Zeit abzuwarten, hat es, getrieben von einseitigem Ehrgeiz und irregeleitet von einer tief angelegten Verschwörung, eine erzwungene Frühgeburt gewollt. Mit der Zange sollten aus dem Mutterleibe (Deutschland) die verschiedenen Glieder dieses neuen Körpers erfaßt werden; die Anwendung der Gewalt brachte sie aber zerrissen und leblos zum Vorschein. Ueber den Mißgriff wurde der Haupt-Operateur entlassen. Um die Schmerzen der Operation weniger fühlbar zu machen, hatte er den Patienten mit dessen eigenen, edelsten Gefühlen ätherisirt. Während der künstlich hervorgerufenen schönsten Träume wurde die Gegenwart nicht empfunden, nicht gewürdigt, nicht berechnet. Dazu vereinigte sich Preußen mit einer in Deutschland volksthümlich gewordenen Ansicht: es stellte sich in der holsteinischen Frage an die Spitze des Krieges gegen Dänemark.

Da man jedoch in Berlin durch die Macht der Umstände zeitweilig auf die höhere Politik einer Großmacht unwillkürlich zurückgeführt wird, zeigte sich auch in Folge dessen jenes Schwanken der Beschlüsse, welches weder den Krieg zu seinem Endziel zu führen, noch einen annehmbaren Frieden herzustellen vermochte.

Wenn wir uns hier eine scharfe Rüge über eine fremde Regierung erlauben, die uns so lang eine treu verbündete war, sei es uns wegen der beinahe schauderhaften Tragweite ihrer Beschlüsse verziehen. Wo wäre übrigens eine Regierung, wo ein

Staatsmann, wo ein Geschäftsmann, welche in diesen stürmisch bewegten Zeiten niemals geirrt, die Wahrheit immer erkannt hätten, die auf dem richtigen Wege, ohne einen einzigen Schritt davon abzuweichen, immer festen Fußes vorangeschritten wären?

Der Steuermann, welcher auf hoher See von Sturm und Unwetter überfallen, unmächtig wird, seinem Schiffe die Richtung zu geben, weiß, daß er seine Widerstandskräfte bis zur Abnahme des Sturmes sparen müsse, denn, zur Unzeit gebraucht, würden sie bald mithelfen, das Schiff zum Wrack zu zertrümmern, oder zum Umschlagen zu bringen; er zieht daher die Segel ein, er hängt das Steuerruder aus; er ist nur um Eins besorgt: er nimmt vom Verdeck den Compaß weg, damit er nicht vom Wellenschlag weggespült werde; er hält ihn fest und würde lieber zu Grunde gehen, als ihn aus der Hand lassen, — denn er weiß, daß er ohne den Compaß seinem Schiffe die Richtung nicht geben könnte. Der Staatsmann, dem es obliegt, bei heftigen Revolutionsstürmen das Staatsschiff zu lenken, hat gleich jenem Steuermann den Staatscompaß fest in die Hand zu nehmen. Der politische Compaß ist das Recht; damit geht man auf der hohen See der Politik nicht irre, nicht verloren; je stürmischer die Zeit, desto fester muß man sich daran halten.

Wenn auch zur Zeit des heftigsten Sturmes Oesterreich nicht hat alle Rechte wahren können, so hat es doch immer an dem Begriffe des Rechtes festgehalten.

Das Unvermeidliche muß man in der Politik, wie überhaupt im Leben zu ertragen wissen, es fällt Niemand zur Last; nur die Willkür ist sträflich. Die Strafe für die Macht, welche sich vergeht, ist nebst den aus dem Vergehen sich von

selbst entwickelnden Folgen, der Tadel. Man vergleiche und spreche demnach das Suum cuique!

Aus dem Vorhergehenden ergibt sich Folgendes:

Die Staaten werden nicht auf dem Wege der friedlichen Vereinbarung plötzlich gebildet; um dieß zu bewerkstelligen, muß man die Entschlossenheit, den verwegenen Muth haben, mit den Waffen in der Hand einem Volke seine Gesetze zu dictiren, seine zerstreuten Stämme durch Gewalt zu vereinigen und seine kleinen Staatsregierungen zu beseitigen. Man vergrößert sich nur durch Kriege und sichert seinen Einfluß nur durch die Eroberung. Es war ein schöner königlicher Traum, auf legalen Wegen ein idealisches Endziel erreichen zu wollen. Es ist ein unbestreitbares Recht, eine Ordnung der Dinge zu wollen, wodurch man uneinig, zersplittert und am Ende schwach sein wird. Glaubte Preußen wirklich das deutsche Volk beglücken, stärken und einigen zu können? Nahm es an, daß der Schulbegriff eines nationaleinigen Staates nur durch Zwang verwirklicht werden könne, so mußte es oder sollte es einsehen, daß die Beistimmung des Volkes und der Fürsten zur Einigkeit nicht zu erreichen war. Das deutsche Volk war nie, in keinem Puncte einig; es erkannte weder ein Gesetz, noch seit dem dreißigjährigen Kriege eine Religion; es war nie in dem Grade zerrissen als im Jahre 1848, wo sich drei Parteien und eine Menge Fractionen bekämpften; die Einen wollten einen Kaiser, die Anderen einen Föderativstaat, die Dritten eine Republik. Nie waren in Deutschland Fremde so gehaßt, wie sich diese Parteien haßten. Es fehlte also die Grundlage des zu bildenden Rechtsstaates die — Einheit des

Willens. Aber noch mehr fehlte die Einheit der Abstammung, die Einheit der Sitten und Gewohnheiten, die Einheit der Geschichte. Konnte Preußen da hoffen zu einigen? Das Parlament, die Union, der Bund, die diplomatischen Verhandlungen, Alles bewies, daß Deutschland nicht einig sein wollte; denn der Wille des Volkes gab sich in allen diesen Organen kund. Oder will man bestreiten, daß die deutsche Reichsversammlung, die Union, der Bundestag, ohne Uebereinstimmung mit dem Volke handelte — wohlan — so sehe man auf die Volksversammlungen, man vergleiche ihre Beschlüsse und man wird finden, daß gerade im Volke die größte Uneinigkeit herrschte. Man erkenne immerhin die Souveränität des Volkes, sie ist in gewissem Verstande eine Wahrheit — der Wille des Volkes ist factisch unbesiegbar — aber gerade kraft dieses Princips war Deutschland uneinig, der Wille des Volkes war getheilt. Deutschland konnte also zur Einigkeit nur gezwungen werden. Dazu gehörte ein Eroberer, der Geist und die Gemüthsart Friedrichs des Großen, ein Herz von Stein und eine Hand von Eisen. Friedrich Wilhelm wollte aber gewiß die Deutschen beglücken und nicht unterjochen. Da sein Gewissen, seine Frömmigkeit und Redlichkeit diese Mittel der Gewalt verschmähten, so blieb ihm nichts übrig, als den bestehenden Bund zu erhalten, und innerhalb desselben mit seinem alten Bundesgenossen, Oesterreich, zu versuchen, was etwa durch ein kräftigeres Zusammenwirken auf gesetzlichem Wege mit Hilfe der Zeit und günstiger Conjuncturen für den Ruhm Deutschlands Ersprießliches zu erreichen wäre. Nur durch die Innigkeit dieser Vereinigung kann Deutschland seinen Feinden dereinst in allen Fällen die Spitze bieten.

Der König von Preußen hat hundert Beweise gegeben,

daß er nur durch den Bund diese Zwecke erreichen wollte. Vor dem Jahre 1848 wies er Alles von sich, was ihn mit den Fürsten verumeinigen konnte. Vermochte er einen stärkeren Beweis seinen loyalen Absichten zu geben, selbst nach 1848, als indem er die Offerte der deutschen Kaiserkrone in jener historisch merkwürdigen, den Ultrademokraten so verhaßten Manier ausschlug, während Oesterreich gegen deren Annahme nur einen Protest hätte einlegen können? Eine außerordentliche Lage der Dinge, die Gehässigkeiten der Journale, die nicht enden wollenden Ausfälle derselben, die ideologischen Neigungen des Herrn von Radowitz, der es meisterlich versteht, die kühnsten und poetischesten Gedanken schulgerecht vorzutragen, haben bewirkt, daß der König auf Ideen einging, welche seiner allgemeinen Denkweise nicht fremd waren. Er war mit Recht ein Gegner des vormärzlichen Systems des Nichtsthuns, des schlaffen Bundesregiments, der systematischen Herabwürdigung des nur polizeilich, ohne höheren Zweck, geleiteten Deutschlands. Der Zeitraum von 1840 bis 1850 mochte ihm die Ueberzeugung beigebracht haben, daß er die Zustimmung Oesterreichs zu seinen Plänen nie würde erhalten können. Später schürten Ehrgeiz, persönliche Leidenschaften der Zwischenpersonen, den Brand der Gefühle. Ein König darf aber nicht hassen und kann nie beleidigt werden. Der König wird zu seiner ursprünglichen, sehr praktischen Idee zurückkehren, durch den Bund die Größe Deutschlands zu bewirken. Die Zeit, wo dieß geschehen kann, ist gekommen. Das frühere System ist im österreichischen Cabinete nicht mehr möglich.

Man spricht in Preußen viel von dem leuchtenden Beispiele Friedrich's des Großen, dem sein Enkel nachstreben müsse. Es ist die Pietät für die Tugenden seiner Vorfahren in allen

Zeiten ein mächtiger Impuls für edle und große Thaten gewesen. Allein sehr zu bezweifeln ist, ob der jetzt regierende König in dem Betragen seiner Vorfahren eine Rechtfertigung seiner jetzigen Politik finden könne. Sind denn die Zeiten Maria Theresia's die unserigen? Ist denn die Lage Europa's und die Lage Oesterreich's noch dieselbe? Ist es wohl denkbar, daß Friedrich der Große heute eben so handeln würde, wie er im siebenjährigen Kriege gegen eine schutzlose, von allen ihren Alliirten verlassene Frau gehandelt?

Friedrich der II., groß durch den Krieg, war größer noch geworden durch kalte Selbstbeherrschung. Er, der Feldherr, der Sieger, der das Selbstbewußtsein einer entschiedenen Ueberlegenheit als Stratege haben mußte, entsagte nach dem siebenjährigen Kriege dem Krieg für immer. Er hatte die früher eroberte Vergrößerung seines Staates durch diesen Krieg gesichert, er hatte sich einen Ruhm erworben, den ihm Niemand streitig machen konnte; er legte in richtiger Erkenntniß der vielfältigen und großen Gefahren, die er überwunden hatte, den Degen nieder und nahm dafür das Zepter in die Hand, um die verschiedenen Theile seiner Monarchie zu einem Ganzen zu bilden und zu organisiren. Er wollte nichts mehr auf das Spiel der Schlachten setzen, und was er später noch erwarb, verdankte er der Gewandtheit einer Politik, als deren Schöpfer man einen unbesiegten Helden erkannte. Er wußte Alles zur rechten Zeit zu machen. Die jetzige Situation des österreichischen Staates, der die Macht des Reiches unter Maria Theresia weit hinter sich zurück läßt, würde ihn gewiß nicht einladen, einen siebenjährigen Krieg zu wagen.

In der Würdigung der Zeit liegt eine der Hauptbedingun-

gen der Staatskunst. Der Wille des Menschen kann niemals mächtig genug sein, um, ohne von den Verhältnissen getragen zu werden, sich selbst durchzuführen. Die tiefste Ueberzeugung eines Rechtes reicht nicht hin, um es zur Geltung zu bringen. In dieser Ueberzeugung läge aber noch ein Entschuldigungsgrund für ein zur Unzeit gewagtes Spiel. Was soll man aber von einem Unternehmen denken, welches, ohne ein klares Recht und eine Pflicht für sich geltend machen zu können, zur Durchführung einer Idee Alles auf das Spiel setzen will? Hierüber wollen wir uns näher erklären.

Ein Plan mag an und für sich noch so edel, erhaben, gerecht sein — er gehört, wenn die Zeitverhältnisse ihn zur Unmöglichkeit machen, blos allein ins Ideenreich. So ist die Einheit Deutschlands, als Einheit der Souveränität über dasselbe gedacht, eine bloße Idee, weil sie eine Unmöglichkeit geworden; nur Deutschlands politische Vereinigung ist denkbar. Auch Form und Wesen dieser Art der Einheit waren durch die Revolutionskriege verloren gegangen. In dem sogenannten Befreiungskriege, der jedoch kein deutscher, sondern ein allgemein europäischer Befreiungskrieg war, wurde erst die Möglichkeit erkämpft, die politische Freiheit eines allen Deutschen gemeinschaftlichen Vaterlandes wieder herzustellen.

König Friedrich Wilhelm III. fügte sich der neuen Form Deutschlands um so williger und zufriedener, als der preußische Staat vergrößert und verjüngt aus dem harten Strauße hervorgegangen. Die noch übrigen 25 Jahre seiner Regierung benützte er, um nach dem Vorbilde Friedrichs des II. sich ausschließend mit der Organisation des Innern zu beschäftigen. Bedeutende Verbesserungen (heut zu Tage Reformen ge-

nannt) wurden in allen Zweigen der Gesetzgebung und der Staatswirthschaft vorgenommen und mit Glück bewerkstelligt. Der Staat wurde mit kluger Einsicht als preußischer Staat einem fest vorgesteckten Ziele zugeführt. Der König hielt sich streng in dem Verband der großen Allianz, der allein Preußen seine Wiedergeburt verdankte.

Er hinterließ einen vortrefflich geregelten Staat. Jeder reif denkende Preuße sah dessen Zukunft mit Zuversicht entgegen; er konnte verstehen, welches Ziel man anstrebte. Der preußische Staat hatte eine Größe, welche, gestärkt durch eine feste politische Stellung, ihn zur Großmacht erhob. Große Zwecke lassen sich nicht durch Handstreiche erzielen; sie erfordern ruhige Beharrlichkeit des Ganges und, da eine Großmacht nur große Zwecke verfolgen soll, muß sie der gewählten und ihrer Stellung zusagenden Richtung treu bleiben. Es liegt hingegen in der Natur einer Macht zweiter Ordnung, daß sie ihre Stellung nach Umständen zu verändern strebt, um von allen Seiten Nutzen zu suchen, und sich so nach und nach, wenn das Spiel ihr gelingt, bis zum ersten Range empor zu schwingen. Uebel berechnet würde es dann von ihr sein, die feste geregelte Bahn einer sich selbst bewußt gewordenen Größe nicht zu verfolgen, und sich ferner noch einer unberechenbaren kometenartigen Bewegung zu überlassen.

Eine solche war die neue Bewegung Preußens seit dem Jahre 1840. Reiche sind aber keine Gedichte, sie lassen sich nicht improvisiren, sie müssen nach und nach mühevoll und sorgfältig zusammengefügt werden, damit sie haltbar seien. Weder Eroberung allein, noch viel weniger wohltönende Worte sichern ihre Dauer.

Was dem letzten Decennium der preußischen Geschichte gemangelt hat, ist die Kunst, den richtigen Zeitpunct zu ermessen und die Ruhe, ihn abzuwarten.

Weil der deutsche Bund sich nicht lebenskräftig gezeigt hatte, wollte sich Preußen an seine Stelle setzen, ohne zu bedenken, daß, was Waffengewalt nicht durchführt, um so mehr der Grundlage des Rechtes bedarf. Herr von Radowitz wähnte, durch die Macht seines Wortes Beides ersetzen zu können. Es wird erlaubt sein, den bekanntlich streng orthodoxen Staatsmann zu erinnern, daß erst nachdem Himmel und Erde geschaffen war, Gott sprach: „Es werde Licht," und es ward Licht. Herr v. Radowitz machte es umgekehrt: er sprach zuerst „es werde Licht" und sagte aller Welt gemüthlich seine Pläne und blieb dann die Schöpfung schuldig. Er sprach: es werde ein Deutschland nach meinem Sinn und Gedanken und auf meine Weise, und — es ward nicht. Anstatt etwas zu erschaffen, zertrümmerte er das Bestehende; um Bausteine zu seinem Werke zu haben, suchte er die Einheit in der Entzweiung; weigerte er sich, um Friedensstifter zu werden, einen geschlossenen, ratificirten Frieden gut zu heißen; stiftete er, der christliche Mann, überall Zank und Hader und endigte damit, daß er seinem erlauchten Herrn und Gönner eine Dornenkrone auf's Haupt setzte, mit der Verheißung, daß sie in dem Augenblicke der geschehenen Verklärung mit unendlichem Glanze strahlen werde.

Der Geist Friedrichs des Großen sah gewiß nicht billigend herab auf das unpraktische Beginnen des Herrn v. Radowitz; denn Friedrich der Große gehörte sicher nicht zu jenen Helden der Geschichte, welche, sich selbst überschätzend, dem Glauben an ihre persönliche Allmacht huldigen; er suchte immer Bünd-

nisse und handelte immer erst, wenn sie geschlossen waren. Seine ganze Regierung war eine ununterbrochene Reihe von diplomatischen Unterhandlungen, welche den Zweck hatten, Freunde zu suchen und Feinde zu entzweien. Herr v. Radowitz that das Gegentheil: er stieß die Freunde von sich und gab den Feinden Vereinigungsmittel an die Hand. Mit welcher Thätigkeit suchte Friedrich der Große Bayern für sich zu gewinnen und die süddeutschen Fürsten in seine Unternehmungen zu verwickeln, er stachelte ihren Ehrgeiz, erregte ihre Vergrößerungssucht; — Herr v. Radowitz ging freilich etwas gerader zu Werke; aber es war wohl ein sehr gewagtes Vertrauen, allen kleinen Fürsten zu sagen: Ihr sollt weder regieren noch etwas gewinnen, Ihr sollt Euch nur unterwerfen und von mir als Oberhaupt das Gesetz empfangen; Ihr habt Euch zu opfern und — der Himmel und die Geschichte werden Euch für das unerhörte Beispiel einer glänzenden Selbstverläugnung belohnen!

Mit welchen Freunden gedachte Herr v. Radowitz seine Pläne auszuführen? Wo hätte sich je die Sehnsucht der deutschen Fürsten ausgesprochen, ihre Special-Interessen denen des Gesammtvaterlandes aufzuopfern? Durch welche Handlungen des Patriotismus berechtigten sie denn Preußen zu einem Zutrauen, welches, von gewisser Seite beurtheilt, kaum ein schmeichelhaftes genannt werden kann? Ist es je von Menschen zu hoffen, daß sie sich zu Gunsten einer Idee eines sicheren Vortheils begeben werden? Möge Preußen in diesem Augenblicke nicht vergessen, daß, um eine Begeisterung zu wecken, welche Märtyrer macht, man vorerst gekreuzigt werden müsse. Gedachte aber Preußen und gedenkt es noch heute nicht die deutsche Welt durch den Tod des eigenen Staates zu befreien,

mit welchen Hilfsmitteln, mit welchen Bündnissen, mit welchen zuverlässigen Freunden kann es hoffen seine Pläne durchzusetzen?

Es ist in diesem Augenblicke aus seinen alten Bündnissen getreten, das heißt, es ist von einer Macht ersten Ranges in einen zweiten Rang herabgestiegen. Preußen steht allein, es muß neue Bündnisse suchen — es wird sie nur finden, wenn es sich herbeiläßt, fremden Zwecken zu dienen; nach dem Erfolge wird ihm allenfalls ein Lohn zugetheilt werden. Anders läßt sich die Zukunft des neuen Preußens nicht denken, wenn es neu bleiben und zu seinen früheren Allianzen nicht zurückkehren will.

Die Allianz Oesterreichs und Preußens mit Rußland war keine Allianz der Regierungssysteme und politischen Principien, sondern eine Allianz der Interessen zwischen Staaten, die an einander grenzen und welche die Natur so gestellt hat, daß sie mit einander leben und verkehren müssen.

Eine Allianz der Nationen kann niemals weder von den Ideen noch von den Regierungsformen, sondern nur von den Interessen vermittelt werden. Im widrigen Falle wird immer der schwächere Verbündete der Sclave des Stärkeren werden. Man nähere sich, wenn man Vortheile dabei findet, den praktischen Handelsideen, die in England herrschen; man vereinige sich mit den Ideen, welche in Frankreich die Nation empfindlich für ihren Ruhm, freisinnig im Denken und Glauben machen: aber man alliire sich nicht mit ihrem Staatenleben, das andere Interessen hat, als das unsrige, man alliire sich nicht gegen die Natur, nicht gegen sein Interesse.

Deutschland, Oesterreich, Preußen, Rußland, das ist die natürlichste Allianz der Interessen, wodurch Deutschland allein

groß werden kann, aus dem einfachen Grunde, weil die Centralstaaten des europäischen Continents zusammen zu halten haben, um sich gegen das Uebergewicht der Seemächte zu schützen und zu verwahren, nicht um nach Napoleon'scher Art sich abzusperren, sondern vielmehr um sich freie Wege zur See und einen freieren Handel zu erzwingen. Trennen sie sich, und gibt Preußen die Veranlassung dazu, so wird es sich zunächst in Handelssachen dem Gesetze Englands beugen, in der Politik des Festlandes allen unberechenbaren Revolutionsgelüsten Frankreichs anschließen müssen.

England aus Handelsrücksichten, Frankreich durch eine von geschichtlicher Ueberlieferung beinahe geheiligte Politik, vereinigen sich in der Ansicht, Deutschland sei als Macht zu schwächen. Ist es nicht ein gewagtes Spiel, sich von seinen früheren Allianzen zu trennen, Deutschland an sich reißen zu wollen und zu glauben, daß man mit diesem Lande, zerrissener als es je war, im Stande sein werde, alle Interessen der Deutschen gegen die zwei Seemächte zu wahren, die gerade das Gegentheil dessen wollen, was Preußen durchzuführen anstrebt?

Nur Rußland hat das Interesse, Deutschland, Oesterreich und Preußen groß werden zu lassen; sie sind seine Nachbarn, sie können ihm nicht schaden, weil sie Rußland als eine feste Hintermauer brauchen, an die sie sich lehnen können; sie können ihrerseits ihm Nutzen gewähren, als eine Vormauer und Hilfsmacht; je stärker sie sind, je leichter und ungehinderter wird Rußland seine Entwickelung vollbringen können.

Was die russische Allianz insbesondere betrifft, ist es ein mächtiger Unterschied zwischen Bundesfreundschaft und Vereinigung der Regierungssysteme und politischen Tendenzen.

Das russische Cabinet ist ein zu aufgeklärtes, um zu wollen und zu hoffen, daß jemals russische Regierungsmaximen in Europa Platz greifen könnten; denn es regiert ja in seiner Weise nur aus Achtung vor den Gesetzen der Nothwendigkeit. Sollte es in Europa ein Princip aufgeben, das es im Osten achtet? Sollte es glauben, die für Asien passende Regierungsart in Europa einführen zu können? Sie besteht zum Theil noch in Rußland, weil dort noch keine andere möglich geworden. Ein Staat von solcher Ausdehnung läßt sich nicht so leicht und schnell reformiren. Rußland geht aber den Weg der Entwickelung langsam, naturgemäß, passiv und activ. Man vergleiche seinen früheren Zustand vor Peter dem Großen mit dem gegenwärtigen. Es hat im verhängnißvollen Augenblicke 1848 nichts gegen Deutschland unternommen, es hat 1849 zur Rettung der österreichischen Monarchie beigetragen und ist abgezogen, ohne eine Spur seines Geistes zu hinterlassen. Es hat sich in keine inneren Angelegenheiten gemischt und mit einem anerkennenswerthen Zartgefühle vermieden, auch nur seine Rathschläge auszusprechen. Die Ursache dieses Verfahrens ist eine feste, ruhige, besonnene Staatspolitik. Es begreift, daß es nicht der Westen ist, wo es seine Macht ausdehnen kann. Seine Blicke sind nach Osten gerichtet, wo es im Urzustande befindliche schöne, fruchtbare, aber verwilderte unermeßliche Ländereien für eine dereinstige neue Civilisation vorzubereiten strebt. Rußland weiß, daß es seine Eroberungen im Westen nie behaupten könnte. Hier passen weder seine Principien, noch seine Gesittung, noch seine Organisationen. Im Osten aber erscheint das als eine Mission der Civilisation, was im Westen als ihre Störung gelten müßte.

Vielleicht kommt noch die Zeit, wo es offenkundig wird, daß die jetzigen Mißverständnisse und brudermörderischen Stimmungen in Oesterreich und Preußen das Resultat feingesponnener demokratischer Intriguen sind. Gewinnt Preußen die Allianz der Feinde Oesterreichs, der inneren und äußeren, oder hat es sie schon gewonnen, so wird es seinem Verfalle um so sicherer entgegengehen; alsdann wird es nichts mehr sein können, als der Agent fremder Pläne gegen seine eigenen Interessen.

Wir gestehen es, eine solche Allianz könnte uns furchtbar werden; die Freundschaft Rußlands, wäre sie uns auch für alle Zeiten verbürgt, könnte uns nicht bewahren vor den Wunden, die man unseren Finanzen und unseren inneren Verhältnissen beibringen würde. Preußen würde dann vielleicht die Befriedigung genießen, sich an unseren mannigfachen Verlegenheiten zu weiden. Aber der unerschöpfliche Reichthum unserer Natur, der Ueberfluß des Orients, der sich über uns ergießt, die wärmeren Sonnenstrahlen unseres Himmels, die ungeschwächte Volkskraft unserer Stämme, die Intelligenz derselben, verbunden mit einer thätigen und an Hilfsmitteln erfinderischen Phantasie werden uns mit neuen Kräften ausrüsten und Oesterreich neu erstehen lassen. Wir können leiden, aber nicht sterben, wir können uns schwächen, aber nicht aufreiben, wir können in Betrübniß versetzt, aber nie entmuthigt und wehrlos gemacht werden. Die theilweise weniger vorgeschrittene Cultur in denjenigen unserer Provinzen, welche erst in späteren Jahrhunderten der österreichischen Civilisation zugänglich wurden, ist für uns eine unerschöpfliche Hilfsquelle; wir haben noch nicht Alles ausgebeutet, weder unseren Boden noch unsere Kräfte, wir werden unsere Brachfelder anbauen, wir werden unsere

Arbeitskräfte mehr anspannen, unsere Organisationen ausbilden, und wir werden durch Leiden nur größer und stärker werden.

Preußen zählt auf die Sympathien der demokratischen Partei, auf die Popularität des Krieges gegen Oesterreich und Rußland; wohlan, es wird diese Sympathien verlieren, sobald das Volk merkt, daß seine materiellen Interessen geopfert werden. Hat Preußen ein so schlechtes Vertrauen in die Intelligenz seiner Fabrikanten, Gewerbsleute und Kaufherren, um zu glauben, daß sie nicht sogleich begreifen werden, welchen Gang die Dinge nehmen?

Hat aber Preußen immer die wahren Interessen Deutschlands erkannt und sie zu rechter Zeit und am rechten Ort zu wahren gewußt?

Oesterreich gebührt mindestens das unbestreitbare Verdienst, daß es im Süden seiner Staaten seine eigenen und dadurch mittelbar die Interessen Deutschlands wahrgenommen habe. Es ist für Deutschland, für deutsche Ehre, deutschen Einfluß und deutsche Handels-Interessen Alles in Italien geschehen, was geschehen konnte. Oesterreich hat seinen politischen Einfluß mit großer Entschiedenheit bei jedem Anlaß geltend gemacht; Preußen hat im Gegentheile die materiellen Interessen Deutschlands als eine Waffe gebrauchen wollen, um mit Hilfe des Zollvereines seine eigene politische Macht zu vergrößern. Es hat Deutschlands innere Einigkeit und dadurch sich selbst geschwächt, und in Holland die wichtigste Gelegenheit, ein wahrhaft großes und allgemeines Interesse zu wahren, mit Gleichgiltigkeit vorbeiziehen lassen. Preußen war durch seine geographische Lage berufen, in der holländischen Frage als Wortführer Deutschlands aufzutreten, allein es hat die Revolution in Bel-

gien isolirt, als ob sie Deutschland nichts anginge, und die Belagerung von Antwerpen wie ein Lustfeuerwerk betrachtet, als ob in diesem Brande nicht die größten Handels-Interessen des deutschen Nordens zerstört worden wären. Deutschland erstrebt eine Seemacht, es will eine Flotte, es will auswärtigen Handel, — Preußen macht sich zum Vorkämpfer dieser Rechte und Wünsche, und es ließ den Rhein, das Meer, die Handelswege der Welt sich verbarricadiren. Ueberall hat Preußen seine Politik in Bezug auf die materiellen Interessen isolirt, statt sie durch neue Verbindungen auszubreiten.

Die Augen der gesammten civilisirten Welt sind jetzt auf Preußen und Oesterreich gerichtet. Der einstimmige Ausspruch aller Nationen ist eine vox populi, welche Gehör verdient; alle Stimmen vereinigen sich, um zu fragen, aus welchem Grunde die streitenden Parteien gegen ihr Interesse, gegen alle gesunde Politik sich gegenüber stehen? Niemand frägt um die eigentliche Rechtsfrage, denn als Rechtsfrage ist sie unbedeutend und außerhalb Deutschlands als eine solche nicht zu begreifen. Jedermann, vom Staatsmanne bis zum Manne der hinter dem Pfluge geht, sagt laut: es ist ein Kampf gegen das Interesse! Die Freunde sind bestürzt, die Feinde freuen sich im Stillen; Beide können nicht begreifen, Beide glauben noch im letzten Augenblicke nicht die Möglichkeit eines Krieges! Und Preußen allein, das intelligente, in seiner Bildung und Cultur so hochstehende Preußen, sollte dieses Interesse Deutschlands, Europa's, der Menschheit und — was vielleicht vom Standpuncte der Politik wichtiger ist, — sein eigenes Interesse noch länger nicht begreifen? Es erwache aus den schweren Träumen, welche der Alp des revolutionären Geistes seiner Regierung verursacht:

es ist heller Tag, alle Täuschungen sind verschwunden, die traurigen und die frohen, wir haben nichts mehr vor uns als die nackte, schroffe, kahle — aber nichts desto weniger lehrreiche Wahrheit. Es ist Zeit, Preußen und allen Regierungen zuzurufen: Gibt es eine Politik ohne Zweck und ohne Interessen? Ist die Politik etwas an und für sich, oder ist sie nur ein Mittel für eine gewisse Bestimmung? Die Politik an und für sich ist unfruchtbar, sie ist nur der Pflug, womit man den Boden des eigenen Interesses aufackert um ihn fruchtbar zu machen. Aber man hat, wie es scheint, den richtigen Gebrauch des Instruments verlernt, man braucht es als Waffe und gibt es in die Hände der Leidenschaften, anstatt in jene der Vernunft und Weisheit. Auf diese Art kann man sich und seine Feinde schwer verwunden, aber deßhalb wird kein einziges Samenkorn auf dem wüsten Acker aufgehen.

Aus allen diesen Betrachtungen und Nachweisungen geht hervor:

1. Daß Deutschland als politische Macht nicht nach den Gesetzen einer naturgemäßen Entwicklung gebildet worden ist, daß es vielmehr wesentliche Rückschritte gemacht hat; denn es war einst größer, mächtiger, geographisch besser gestaltet als es jetzt ist;

2. daß besonders Preußen, als eine der ersten Schutzmächte und Strebepfeiler Deutschlands, seine durch unzusammenhängende Erwerbungen schwächer gewordene geographische Lage auf einem neuen Wege zu verbessern gesucht hat, und daß dieses aus dem Gefühle der Unbehaglichkeit seiner Existenz hervorgegangene Bestreben die einzige Ursache seiner Politik ist. Es war unzufrieden mit dem ihm zu Theil

gewordenen Loose, es will sich selbst die Verbesserung erobern.

3. Daß es nicht möglich ist, die deutsche Einheit in dem Maße, wie es von einer utopischen Partei angestrebt wird, herzustellen und daß die politische Einheit und Existenz von Deutschland nur in der Form einer von Preußen und Oesterreich aufrecht erhaltenen Föderation denkbar ist.

Die Macht eines Staates ruht nicht allein in seiner Form, sondern vielmehr in seinem Geiste. Deutschland, wie eine tausendjährige Geschichte es hervorgebracht, bedarf keiner solchen Souveränitäts-Einheit, wie sie jene Partei unter Aufhebung aller Selbstständigkeit der deutschen Regierungen haben will, sondern nur der föderativen, politischen Einheit, welche allerdings so ausgebildet und überwacht werden muß, daß es nie wieder deutschen Fürsten gelingen kann, den Bund zu zerreißen.

Man hat den deutschen Bund angeklagt, daß er die Schuld trage an dem Verfalle des Vaterlandes. Allein es war nicht der deutsche Bund, der Deutschland herabgebracht hat, sondern vielmehr die Schein-Existenz dieses Bundes, in dem Jeder machte was er wollte, weil Oesterreichs und Preußens Staatsmänner und die beiderseitige Eifersucht Alles geschehen ließen, ja sogar unter den Mitgliedern des Bundes Partisane für ihre Particular-Interessen suchten. Es handelt sich daher nicht um Abschaffung des Bundes, sondern vielmehr um seine kräftige Wiederherstellung. Seine Form ist nicht zu verdammen, sein Geist war aber kein Bundes-, sondern ein Sonderungsgeist. Man sagt in Berlin, daß Deutschland unter die Mächte ersten Ranges sich nicht einreihen kann, wie dieß einem so großen Volke zukommt, wenn

nicht Preußen groß ist. Allein so groß auch Preußen immer sein oder werden möge, so wird es doch immer nur Preußen bleiben, — vergrößert durch Alles, was es von Deutschland vermittelst der seltsamen Waffen dieser Union erobern kann, wird es doch nichts sein, im günstigsten Falle für dasselbe, als ein Deutschland ohne Oesterreich! Ist es möglich, daß seine Intelligenz allein Deutschland jene Kraft leihen könne, deren es bedarf, und welche ihm durch die Trennung von Oesterreich entzogen wird? Ist es möglich, daß man sich in Deutschland etwas Größeres denke, als ein mit dem übrigen Deutschland vereinigtes Preußen und Oesterreich? Sind es nicht die gefährlichsten Feinde von Deutschland, welche zwischen diesen beiden Mächten, die allein Deutschland groß machen können, Unfrieden stiften? Und wenn man sieht, daß Rußland sich Mühe gibt, diese beiden Mächte zu versöhnen, darf man es einen Feind von Deutschland heißen und ein selbstmörderisches Bündniß suchen mit einer Macht, die nicht nur den entschiedensten Willen, sondern auch das Interesse hat, Deutschland zu schwächen, in Uneinigkeit zu erhalten und so seinen politischen Einfluß, seinen Handel und seine Industrie außer die Weltconcurrenz zu setzen?

Der Zweck dieser Schrift kann nicht verkannt werden — Versöhnung der streitenden Parteien. Haben wir Preußen eines Irrthums überweisen müssen, so ist das gewiß kein Grund, unsere Aufrichtigkeit zu bezweifeln. Der ist ein schlechter Rathgeber und ein falscher Freund, welcher dem Irrenden Lobsprüche ertheilt. Aber mit Recht wird man fragen, warum wir nicht eben so freimüthig gegen die österreichische Regierung verfahren? Hat sie keine Fehler begangen? Trägt nicht Oesterreich mindestens die Hälfte der Schuld an dem Streite? Hat es

nicht an den Ereignissen in Frankfurt so gut seinen Antheil wie Preußen? Wir antworten hierauf ehrlich und unbefangen: es ist nicht unsere Aufgabe, dieß zu untersuchen. Bekanntlich haben die Blinden in Madrid das Privilegium des öffentlichen Ausrufens von Neuigkeiten. Zur Zeit der Kriege mit Frankreich meldete ein solcher Ausrufer, daß die Spanier einen Sieg erfochten hätten. Ein Vorübergehender gab ihm einen Thaler mit den Worten: Schweige — es ist nicht wahr, was du verkündest, die Spanier sind geschlagen worden. Der Blinde ließ sich aber hierdurch nicht außer Fassung bringen, sondern entgegnete: „nun gut, wenn es wahr ist, was du sagst, so wird der Blinde in Paris es schon ausrufen. Ich thue, was meines Amtes ist." Dieselbe Antwort müssen wir geben — der Blinde in Berlin wird es sagen, was wir selbst gefehlt haben. Und wenn wir nicht irren, hat er bereits so viel von uns gesagt, was weder schmeichelhaft noch freundlich ist, daß wir uns der Pflicht enthoben fühlen können, noch weiter an unserem Tadel zu arbeiten.

Ob im Angesichte einer solchen Gefahr von Beleidigung und verletzter Ehre die Rede sein kann? Es ist eine leere Phrase, die uns die Geschichte von einem besiegten Helden meldet; denn wer Alles verloren, hat auch die Ehre verloren. Die Ehre ist, wie Shakespeare sagt, ein eigenes Ding, man kann sie sich nicht selbst geben. Das Urtheil der Welt, gleichviel ob gerecht oder ungerecht, schneidet uns das Ehrenkleid zu; es paßt niemals für den Wuchs. Was würde z. B. aus der Ehre Deutschlands werden, wenn es über seinem inneren Streit zu Grunde ginge? König Franz der I. sprach von der Ehre wie ein Ritter, der sie zu retten wähnt, wenn er dafür das Leben einsetzt. So war es damals die Sitte des Pri-

vatlebens; er trug sie auf seine königliche Stellung über, und behandelte den Krieg gegen Carl den V. als einen Zweikampf. In der Politik waren sie Nebenbuhler, er strebte nach der Kaiserkrone in Deutschland.

Der ritterliche Sinn duldete keine groben Worte; um den Zweikampf zu verhüten, wurde man feiner gesittet. War er einmal unvermeidlich geworden, so ging man hin auf den Wahlplatz, wie auch in den Krieg, ohne jemals die Regeln des Anstandes zu verletzen — man ehrte sich selbst in dem Gegner oder in dem Feinde.

Wenn die Völker, bewaffnet wie sie es heute sind, für die Empfindlichkeit der Ritterzeit noch empfänglich sein wollen, dann wäre ihnen zu rathen, zu jenen anständigen, feierlichen Formen zurück zu gehen, die ein zartes Ehrgefühl fordert, sonst werden sie bei jedem Anlasse eher über die Worte, als über den Grund in Krieg gerathen. Es sollte dann jede Lüge als unehrenhaft erklärt werden; dann müßte man aufhören, Verleumdungen, böswillige Zumuthungen als politische Waffe zu gebrauchen.

Man hat so oft die Diplomatie der Unaufrichtigkeit, der Doppelzüngigkeit beschuldigen wollen, indem man allen feinen etwas unbestimmten Wendungen diesen Sinn unterstellt. Man hat die Klugheit, die Vorsichtigkeit nicht begriffen, mit welcher alle internationalen Verhandlungen zu führen sind, will man nicht über jeden unwichtigen Gegenstand einen Streit anspinnen, wo kein Theil von zu grellen, zu peremtorischen Forderungen ohne Verletzung seiner Ehre mehr zurücktreten oder auch nur Modificationen zulassen kann. Lehrt denn die Geschichte nicht, wie oft schon hartnäckige, blutige Kriege geführt wurden, deren Entstehen hätte

vorgebaut werden können, wenn jene diplomatischen Verhandlungen, welche jedem Kriege vorangehen, vorsichtiger, gemessener wären geführt worden? Nun wenn man dieß vergessen hat, werden die Deutschen vielleicht bald bittere Thränen weinen müssen, daß die in der Neuzeit in Deutschland gewechselten Noten so geschrieben waren, wie man sie zu schreiben pflegt, wenn der Entschluß zum Kriege bereits schon vorgefaßt ist, wo dann die Correspondenz so gestellt wird, daß der Krieg sich aus dem Inhalte derselben, obgleich mit scheinbarem Widerwillen, als unvermeidlich ergibt.

Beseitigte man alles Ungehörige, was die freie Sprache unserer Zeit der Differenz zwischen Oesterreich und Preußen zugefügt hat, so würden die wahren Differenzpuncte faßlicher für Alle sich darstellen lassen. Zuvörderst bezeichnen wir die Rechtsfragen, die an der Oberfläche zu liegen scheinen und als Anlaß des Streites gelten, welcher zu dem ungeheuern Aufgebote von beinahe 800,000 Mann geführt hat. Es sind dieß der holsteinische Krieg, und die innere Zerrüttung des Kurfürstenthums Hessen. Beide sind an und für sich von geringem Belange; bei einem geregelten Zustande des deutschen Bundes würden beide Fragen, ohne das gesammte deutsche Vaterland zu einer so furchtbaren Entscheidung durch das Schwert hinzureißen, nach den Gesetzen des Bundes beigelegt worden sein. Das unaufhörliche Treiben der Revolutions-Parteien hat diese unerklärbare Erscheinung herbeigeführt. Die politischen Männer in Europa werden nicht umhin können, mitleidig auf Staaten herabzusehen, welche bereit sind, in einen Kampf solcher Größe einzugehen, für solch' geringfügige streitige Puncte, die sich auf Glieder dritter Ordnung im Bunde beziehen.

Die Böswilligen werden höhnisch und geringschätzend

Ereignisse verlachen, wo der Abstand zwischen Zweck und Mitteln so unverhältnißmäßig ist — wo die Kosten des Processes, ohne mögliche Hereinbringung derselben, millionenmal den Werth der Streitsache übersteigen.

Nun versuchen wir die Läuterung des Streites; er wird zwar dadurch nicht vernünftiger gemacht, jedoch zu einer höheren Ideen-Ordnung geführt; er dürfte dann weniger dem Spotte der Welt preisgegeben bleiben.

Der König von Preußen hat mehr als Einmal verkündigt, daß er als deutscher Fürst den Beruf in sich fühle, eine den Bedürfnissen deutscher Nation entsprechende Verfassung zu schaffen. Was hat die Erhebung des preußischen Volkes damit zu thun? Wer hat dem preußischen Volke zu nahe treten wollen? Nach allen Verkündigungen handelt es sich um Deutschland, nicht um Preußen.

Das Kaiserthum Oesterreich begreift in sich 12 Millionen Deutsche; Alle haben in dem verhängnißvollen Jahre 1848 einstimmig ihren Entschluß laut und fest ausgesprochen, sich nicht von dem österreichischen Staatskörper trennen zu wollen, oder trennen zu lassen. Wie kann denn bei einer solchen Sachlage Preußen das Recht ansprechen, einseitig eine Verfassung für die deutsche Nation zu schaffen? Wer hat ihm die Vollmacht hiezu ausgefertigt? Sind die Deutsch-Oesterreicher die Einzigen, die sich erklären, das bleiben zu wollen, was sie seit so vielen Jahrhunderten sind, — Oesterreicher? — Sollen sie eine glorreiche Geschichte aufgeben, um sich dem Beschlusse eines unberufenen, unbevollmächtigten Gesetzgebers zu fügen? Sind denn alle übrigen Deutschen bereitwillig, sich der preußischen Herrschaft einverleiben zu lassen?

Die deutsche Nation so zu stellen über die deutschen Staaten, ist die gefährlichste aller Revolutionen. Das Princip der Nationalität über jenes der Staatenbildung zu setzen, ist die feierlichste Verkündigung der absoluten Volkssouveränität, die je geschehen ist.

Deßhalb ist das auch die Lehre der demokratischen, radicalen, socialistischen Parteien aller Länder. Das war die Politik eines Mazzini, der die Nationalität als Hebel der Revolution an allen Ecken Italiens ansetzte. Wohin hat er sein Vaterland damit geführt? Man täusche sich nicht darüber; die Nationalität als politiches Element führt unabwendbar in streng logischer Ordnung zur unbeschränkten Volkssouveränität, zum allgemeinen Stimmrecht und zu allen übrigen Consequenzen, die sich aus diesen Vordersätzen ergeben. Eine der nächsten ist die Veränderung der Regierungsform. Es hat sich das natürliche, ungezwungene, unabwendbare Endresultat von Lafayette's Ausruf, als er im Jahre 1830 Louis Philipp begrüßte als den König einer Monarchie entourée d'institutions républicaines, im Jahre 1848 in Paris ergeben. Was damit erwiesen werden will, ist nicht der Bestand der Republik, sondern lediglich die Unmöglichkeit der Erhaltung einer Monarchie, die auf das Princip der Volkssouveränität gebaut wird. Ein solcher Ausgang würde in Deutschland nicht so lange auf sich warten lassen, aus dem einfachen Grunde, daß eine einheitliche Monarchie in Deutschland niemals hat Wurzel fassen können. Der vereinigten Volkssouveränität gegenüber würden alle Fürsten beim nächsten Sturmwinde wie Spreu hinweggeweht. Man mag sich in Berlin wenden wie man wolle, die elastische Gewandtheit der Sophismen wird niemals

die in einem moralischen Grundsatze liegende Macht der Logik zu besiegen vermögen.

Wir haben in unserer Nähe ein Bruchstück deutscher Geschichte, welches diese Frage der Nationalität heller beleuchten wird; machen wir davon kurze Erwähnung.

Die Bevölkerung der Schweiz besteht aus drei verschiedenen Volksstämmen: Deutsche, Franzosen, Italiener. Sie haben sich als Staatenbund gebildet und seit mehr als fünf Jahrhunderten als ein freies Volk erhalten, ohne daß jemals die Nationalität als politisches Element Geltung bekommen hätte. Die Schweizer haben friedlich und glücklich neben einander und mit einander gelebt. Es haben sich Cantone reiner und gemischter Nationalität gebildet; das Gesetz des Cantons nahm keinen Bezug auf diese Verschiedenheit; der höhere Begriff war stets der politische. Hätte die Nationalität, als solche, eine höhere Bedeutung erlangt, so würden bald Nationalkriege unter diesen Bevölkerungen entstanden sein, der mächtigste Stamm hätte die andern aus dem Lande gewiesen; diese hätten aber Hilfe gesucht und sie bei ihren Stammverwandten gefunden; Fremde wären hereingedrungen; die Auflösung des politischen Bundes hätte eine Theilung des Landes herbeigeführt; die drei Nationen hätten dasselbe unter sich getheilt; jeder Theil hätte sich dem verwandten Nachbarlande angeschlossen. Die Grundidee des schweizerischen Staatenbundes blieb aber immer die politische; es lag in ihr eine solche Stärke, daß der Staat trotz der Verschiedenheit der Nationalitäten sich hat erhalten können.

Machen wir, insofern sie passend sind, die Anwendung dieser Betrachtungen auf Deutschland.

Deutschland hat den großen Vortheil der Einheit der Na-

tionalität. Damit wird jedoch noch kein mächtiger Staat gebildet. Alle großen Völker haben Zeiten der Größe und des Verfalles gehabt, ohne ihre Nationalität verloren zu haben. In ihr liegt also weder das Element der Größe, noch die Ursache des Verfalles; es liegt blos in ihr das Princip der Erhaltung der Raçe. Die politische Staatsbildung allein kann zur Größe führen, oder den Verfall nach sich ziehen, je nachdem sie passend oder unpassend sein wird. Um passend zu sein, soll sie der geographischen Lage des Landes, seinen sonstigen Eigenthümlichkeiten und den wahren Bedürfnissen des Volkes Rechnung tragen

Wäre England das, was es geworden ist, wenn der Seeraum, der es von Frankreich trennt, festes Land wäre? Würde in diesem Falle das Uebergewicht der Macht nicht auf die Seite Frankreichs gefallen sein?

Es gibt kein Volk, welches ein so tiefes Nationalgefühl hätte, wie das italienische, und dennoch konnte es zu keiner Zeit seiner langen glorreichen Geschichte, die Periode der römischen Eroberung abgerechnet, einen einheitlichen Staat bilden. Nicht einmal als Staatenbund kann sich Italien constituiren; dazu ist es geographisch zu schwach gebaut. Könnte man glauben, daß Constantin aus bloßer Laune eine Stadt wie Rom verließ, um sich eine andere, besser gelegene Hauptstadt zu bauen? — Damals fingen die Barbaren an, sich nach allen Seiten zu bewegen; die Römer, so erfahren in der Kriegskunst und Meister der Strategie, erkannten, daß Italien keine Möglichkeit böte, die Einfälle, die es bedrohten, mit Erfolg von sich fern zu halten. Constantin zog ab — bald kamen die Barbaren aus Afrika, aus Spanien, aus Gallien, aus Deutschland, aus

Pannonien, — von allen Seiten fielen sie ein. Als nach einigen Jahrhunderten beständiger Verwüstung sich wieder einige Ordnung herstellte, zerfiel Italien in dieselben Bruchtheile, aus welchen es vor der Römerzeit bestanden hatte.

Heute, wo die Seemächte zur See so furchtbar geworden sind, ist ein neuer Grund der Schwäche für Italien vorhanden; wie könnte es mit seinen lang gedehnten, wehrlosen Küsten jemals hoffen, als Volk vereinigt und mächtig die politische Weltbühne wieder zu betreten? An den Schandpfahl der Geschichte sollte man Namen, wie jene Mazzini's und seiner italienischen und fremden Freunde, heften, den künftigen Geschlechtern zur Warnung vor Menschen, die aus Verblendung, Unwissenheit und meistens aus persönlichem Ehrgeize die fürchterlichsten Stürme über ihr Vaterland heraufbeschworen haben.

Die Deutschen sind ein zahlreiches, im Gebiete des Geistes und der Bildung ein mächtiges Volk; die langwährende Auflösung des alten Reiches hat ihm als die einzig mögliche Bedingung seiner Existenz die Form eines Bundes zurückgelassen. Die Revolutionen der Jahre 1848—1849 haben die Organe dieses Bundes zertrümmert. Der deutsche Bund besteht aber zu Recht. Es wird wohl weder ein deutscher Fürst, noch ein deutscher Minister die Erklärung wagen, der deutsche Bund habe aufgehört, er existire nicht mehr. Auch Herr v. Radowitz hat zu jeder Zeit dessen Bestehen anerkannt; seine (am Schlusse dieser Schrift abgedruckten) zwei Schreiben, das eine an den königl. preußischen Gesandten in außerordentlicher Mission, Freiherrn von Werther zu Kopenhagen, vom 17. October, und das andere an die schleswig-holsteinische Statthalter

schaft, vom 30. October 1850, bestätigen seine Ansicht über das Fortbestehen des Bundes

Die erste Differenz zwischen Oesterreich und Preußen besteht darin, daß Oesterreich meine, es müsse in dem alten Baue des Bundes der Begriff seines Bestehens begründet werden, und aus den Trümmern des eingerissenen müsse man jene Materialien suchen, die noch anwendbar wären

Preußen will nur den Begriff eines Bundes festhalten; es will den Platz des neuen Baues ganz aufräumen, in der Besorgniß, daß Bruchstücke des früheren Baues doch immer nach dem Alten riechen würden.

Oesterreich erkennt wie Preußen die Nothwendigkeit, dem deutschen Bunde mehr Kraft und Leben zu geben; es erklärt sich bereit, sich darüber mit Preußen und mit Deutschland, um dessen Wohl es sich handelt, in das Einvernehmen zu setzen, und alle Wege zu suchen, die zu einer allseitig befriedigenden Verständigung zu führen geeignet sind.

Wozu der Streit vor der Berathung? Entweder ist die Ansicht nicht klar, oder nicht so einfach, wie sie sich geben möchte.

Es erhellt aus allen öffentlichen Verhandlungen und Aeußerungen des preußischen Hofes, daß die Absicht des Königs dahin gehe, den Staatenbund in einen Bundesstaat zu verwandeln. Hierauf haben wir zu bemerken, daß der Ausdruck Bundesstaat sophistisch und hohl sei; sobald der Staat eine Einheit bildet, hört der Begriff des Bundes auf.

Deutschland kann keine andere Bildungsform haben, als jene eines Staatenbundes; die Vereinigung dieser Staaten durch eine Bundesverfassung kann die politische Einheit Deutschlands

bilden. Um Deutschland anders zu gestalten, müßte es erobert werden.

Es mag geschehen was da wolle, von schlimmer Bedeutung wird es immer sein, daß die preußische Landwehr, zu einer Zeit edler Begeisterung als Wehrkraft gegen das Ausland organisirt, beim ersten Male ihres Aufgebotes bestimmt ist, gegen deutsche Brüder zu kämpfen. Wird die Bluttaufe, die man dem neuen deutschen Staat geben will, nicht das ganze Land roth färben?

Bei so ernster Sachlage möge man von keiner Seite weder dem Aberglauben des „historischen Glückes," noch weniger der blinden Zuversicht des Muthes vertrauen. Es sind so viele und so verschiedene Kräfte geweckt worden, daß die Erfolge ihrer von allen Seiten getriebenen Thätigkeit ganz außer aller Berechnung liegen. Die Zeiten gebieten Vorsicht und Selbstbeherrschung, sowohl dem neuen Staate, der nicht wissen kann, was er wird, — denn es lassen sich nicht immer alle Ziele erreichen — als auch dem alten, der nicht mehr ist, was er war und der auch nicht wissen kann, was er, vermöge seiner veränderten Natur, werden wird.

Oesterreich und Preußen sind nicht ebenbürtige Staaten, sie sind sehr verschiedenen Alters; so wenig als in derselben Zeit, haben sie sich auf dieselbe Art gebildet; sie sind beide ungleicher Größe, ungleichartiger Natur, beide jedoch reine Producte ihrer eigenen Geschichte. Sie gehen aber beide einer Zukunft entgegen, an welcher sie sich gleichmäßig zu betheiligen haben werden. Da treten sie zusammen und werden von der Nothwendigkeit beherrscht, sich gleichartiger fort zu bilden; denn in vielen Beziehungen ist auch Oesterreich ein neuer Staat geworden, welcher Vieles von seiner Vergangenheit zurücklassen muß.

In diesem neuen Verhältnisse liegt, wenn es gehörig gewürdigt wird, die sicherste Garantie jener Verständigung, ohne welche keiner von beiden Staaten des eigenen Bestehens sicher sein kann. Man muß aber der Zeit Rechnung zu tragen wissen, und ihr nicht vorgreifen wollen. Wie die Schwierigkeiten der Gegenwart Zeugniß geben von unverantwortlichen Versäumnissen der Vergangenheit, so sind alle Handlungen der Gegenwart — man bedenke es wohl — Keime, die sich als unabwendbare Ereignisse in der Zukunft entwickeln und zur Reife kommen werden. Bitter oder süß, unsere Nachkommen werden die Früchte ernten müssen, deren Samen wir jetzt ausgelegt haben.

Das ist heute unser Schicksal!

Wien am 20. November 1850.

Beilagen.

1.

Schreiben des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn v. Radowitz, an den königl. Gesandten in Kopenhagen.

»Wie Ew. ꝛc. aus meiner anderweiten Mittheilung vom heutigen Tage gefälligst ersehen werden, ist nunmehr der Zeitpunct nahe gekommen, wo die lange verzögerte Ratification des Friedensvertrages vom 2. Juli als geschehen betrachtet werden muß. Deßhalb stehe ich nicht an, Ihnen in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit Folgendes zu eröffnen: Was wir in dieser Angelegenheit wollen und wünschen, ist allein die Beendigung der seit langer Zeit Dänemark und die Herzogthümer Schleswig und Holstein bedrängenden, den Frieden Deutschlands und Europa's bedrohenden Wirren. Wir haben hierbei keine anderen Wünsche und kein anderes Interesse, als daß in Verfolg des Friedensvertrages vom 2. Juli eine wirkliche und dauernde Wiederherstellung friedlicher und gedeihlicher Beziehungen zwischen der Krone Dänemark und den Herzogthümern erreicht, nicht eine Scheinberuhigung, der neuer Zwiespalt folgen muß, herbeigeführt werde. Unsere Wünsche werden vollkommen befriedigt, unserem Interesse wird vollkommen genügt, wenn in Betreff der Neugestaltung jener Beziehungen, wie hinsichtlich der Successionsfrage alle Anforderungen des Rechts ihre Geltung und namentlich auch die von uns gewahrten Rechte des deutschen Bundes ihre unbeschränkte Anerkennung finden. Anderes kann, wie wir überzeugt sind, auch die königlich dänische Regierung in der Sache nicht wünschen oder wollen. Wir zweifeln daher nicht, daß, bei deutlicher Anschauung dieses Zieles, auch unschwer die Mittel für die Erreichung desselben zu finden sind. Nach dem Artikel IV. des Friedensvertrages wird die königlich dänische Regierung sich zunächst an

den deutschen Bund zu wenden haben und es ist dieß zweifelsohne ihre Absicht, da sie gewiß nicht die schweren Folgen einer Verletzung jener Vertragsbestimmung auf sich nehmen will. Sie hat sich wegen der Ratification mit den in Frankfurt a. M. versammelten Vertretern mehrerer deutschen Regierungen in Beziehung gesetzt, ja einen von ihr für Holstein und Lauenburg bestellten Abgeordneten an den Berathungen und Beschlüssen derselben Theil nehmen lassen; bei näherer Erwägung der Sache wird sie sich aber sagen müssen, daß dieser Weg wohl zu dem jetzt vorliegenden Resultate der Friedensratification von Seiten jener Regierungen führen konnte, indeß hierüber hinaus ein sachgemäßer keineswegs zu nennen ist. Der deutsche Bund ist weder rechtlich noch thatsächlich in Frankfurt vertreten. Die rechtliche Vertretung wird von uns durch schlagende Gründe bestritten, und die gegentheilige Behauptung kann den „reactivirten Bundestag" nicht zu einem allseitig anerkannten Bundes-Organe machen. Daß thatsächlich die in Frankfurt vereinigten Bevollmächtigten nur von der Minderzahl der deutschen Regierungen abgeordnet sind und daß solche Minderzahl nicht die Gesammtheit des deutschen Bundes ausmacht, ist vollkommen zweifellos. Frankfurter Beschlüssen, welche irgend eine Bundesautorität in Betreff der Herzogthümer geltend machen wollten, würden wir bei solcher Sachlage unsere Anerkennung unbedingt versagen müssen, und da wir die Action eines von uns nicht anerkannten Bundes-Organs in Deutschland nicht zuzugeben vermögen, so würde jede in Frankfurt beliebte Maßregel unausbleiblich hindernde Gegenmaßregeln von unserer Seite hervorrufen; wir würden ein dort beschlossenes militärisches Einschreiten nicht dulden. Je mehr dieß mit Nothwendigkeit aus den Rechten, welche wir festhalten, aus den Pflichten, welche wir erfüllen müssen, hervorgeht, um so mehr dürfen wir das Einverständniß der königl. dänischen Regierung dafür in Anspruch nehmen, daß weitere Schritte derselben, um die Dazwischenkunft des sogenannten Bundestags hervorzurufen, den Zweck baldiger Pacification der Herzogthümer keineswegs erreichen würden, viel-

mehr weit größere, über die Gränzen der Herzogthümer und Dänemarks hinausreichende, diese aber in keinem Falle unberührt lassende Kämpfe herbeiführen könnten. Leuchtet dieß ein, so wird das Kopenhagner Cabinet gewiß auch nicht länger zögern, einen Schritt zur Eröffnung eines anderen Wegs zu thun. Wir haben uns mehrmals dahin ausgesprochen, daß während der jetzigen deutschen Verfassungskrise das Recht, Bundesangelegenheiten, die nicht zum Geschäftskreise der Bundes-Centralcommission gehören, zu erledigen, einzig und allein bei den Bundesgliedern selbst beruht, und daß eine schnelle Action unter solchen Umständen nur allein zu erreichen ist, wenn Preußen und Oesterreich im Namen und Auftrage sämmtlicher Bundesregierungen übereinstimmend zu handeln in den Stand gesetzt werden. Auch auf die schleswig-holsteinische Sache findet dieß volle Anwendung. Soll in Betreff derselben, wie das Bedürfniß es erheischt, schnell und erfolgreich gehandelt werden, so ist, mit Beiseitlassung der auf die Bundesverfassungsrevision bezüglichen Fragen, eine besondere Commission ad hoc zu bilden. Wenn das königl. dänische Cabinet sich dieser einzig zum Ziele führenden Ueberzeugung anschließt, so wird es auch erkennen, daß der nächste Schritt hierzu darin besteht, daß es einen solchen Antrag in Wien stelle. Unserer Meinung nach würden von Preußen und Oesterreich bestellte Bundescommissarien in Hamburg oder an einem anderen gleich passenden Orte mit Beauftragten Sr. Majestät des Königs von Dänemark zur Ausführung des Artikels IV. sich zu vereinigen und nach gemeinschaftlicher Berathung die zu gerechter und dauernder Pacification der Herzogthümer gereichenden Anordnungen zu erwägen und ihre Anträge behufs weiterer Veranlassung vorzulegen haben. Ew. ꝛc. wollen diesen Vorschlag unverweilt durch Abschrift der gegenwärtigen Instruction zur Kenntniß des Herrn Ministers von Reedtz bringen und bei diesem mit aller der Wichtigkeit der Sache entsprechenden Angelegentlichkeit befürworten.

Berlin, den 17. October 1850.

(gez.) v. Radowitz.

2.
Schreiben des Generals v. Radowitz an die Statthalterschaft.

Der Unterzeichnete hat das gefällige Schreiben einer hochlöblichen Statthalterschaft vom 28. d. M. zu erhalten die Ehre gehabt und die aufrichtige Theilnahme, welche die königl. Regierung für das Schicksal der Herzogthümer empfindet, macht es ihm zur Pflicht, dasselbe ungesäumt zu beantworten.

Er muß zuvörderst sein Befremden wie sein Bedauern ausdrücken, daß die Statthalterschaft des ausdrücklich gestellten, auf die dem Bunde schuldigen Rücksichten gegründeten ernstlichen Begehrens der königl. Regierung, sich jedes aggressiven Vorgehens zu enthalten, mit keinem Worte Erwähnung thut. Die königl. Regierung muß daher dieß Begehren noch einmal auf das Entschiedenste wiederholen, und dabei erklären, daß sie die Erfüllung desselben als die erste und unerläßliche Bedingung dafür ansieht, daß irgend ein Organ des Deutschen Bundes dem Bundesgebiete des Herzogthums Holstein wirksamen Schutz angedeihen lassen könne.

Was nun ferner den von der königlichen Regierung vorgeschlagenen Waffenstillstand betrifft, so muß der Unterzeichnete daran erinnern, daß derselbe von ihm ausdrücklich als ein rein militärischer bezeichnet war, wie solcher in diesem Augenblick nicht nur allein möglich, sondern auch allein angemessen erscheint, da die politische Seite dem Deutschen Bunde vorbehalten bleiben muß. Die hochlöbl. Statthalterschaft hat aber in einer Auffassung, welche die königl. Regierung nur bedauern kann, da sie den Umständen nicht entspricht, einen Waffenstillstand von wesentlich politischem Charakter an die Stelle gesetzt, und die königl. Regierung befindet sich selbstverständlich in der Unmöglichkeit, für einen solchen ihre Vermittlung eintreten zu lassen, ganz abgesehen davon, ob die Bedingungen der Statthalterschaft ir-

gend eine Aussicht darbieten, von Dänischer Seite angenommen zu werden. Für einen rein militärischen Waffenstillstand ist sie dagegen immer gern bereit, die Vermittlung zu versuchen, und der Generalmajor von Hahn wird zu dem Ende noch eine Erwiederung der hochlöbl. Statthalterschaft auf dieß Schreiben abwarten.

Die Letztere wird sich nicht darüber täuschen, daß für die königliche Regierung die letzte Möglichkeit, sich einer Sache, welche die ernstesten und verwickeltsten Schwierigkeiten darbietet, ferner anzunehmen, davon abhängt, daß die Statthalterschaft ihre wohlgemeinten Rathschläge berücksichtige und sich ihren billigen und begründeten Forderungen nicht versage. Im entgegengesetzten Falle würde sie sich jeder weitern Vermittlung hierin zu enthalten haben und ihr ferneres Verhalten lediglich nach den Verpflichtungen bemessen, die ihr obliegen.

Berlin, den 30. October 1850.

(gez.) v. Radowitz.